

Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik



USA 1968: Die Antikriegsbewegung stößt auf harte Repression. Heute kann sie mehr erreichen.

- USA: Kommunale Netzwerke gegen den Krieg und für soziale Anliegen gewinnen an Einfluss – S. 4
- Verwerfungen im Parteiensystem gehen weiter – S. 7
- Medizinische Versorgungszentren – eine Bedrohung für freiberufliche Ärzte? – S. 12
- Metallindustrie: Kampf um ein Recht auf Altersteilzeit – S. 16
- In der VR China ist Religionspolitik Einheitsfrontpolitik – S. 17

Ausgabe Nr. 7 am 3. Juli 2008, Preis 4,00 Euro

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR LINKE POLITIK
—ERSCHEINT ZWÖLFMAL IM JAHR

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider (verantwortlich), GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43188820, Fax: 040 / 43188821. E-Mail: gnn-hamburg@free-net.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 624701, Fax: 0711 / 62 15 32, E-Mail: pb@gnn-verlage.de

Diskussion / Dokumentation: Rüdiger Lötzer (verantwortlich), Postfach 210112, 10501 Berlin, E-Mail: gnn-berlin@onlinehome.de

In & bei der Linken: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Alfred Küstler, Anschrift Aktuelles. Die Mitteilungen der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei die Linke Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 4,00 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabo kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 54,60 €, Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

— zum Abonnieren — zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- o 1 Ausgaben für 5 € (beilegen) zum Kennenlernen
- o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)
- o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)
- o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

Kinderzuschlag für mehr Familien

Berliner Zeitung, 27.6. rül. Am 26. Juni hat der Bundestag eine Anhebung des sogenannten „Kinderzuschlags“ ab 1. Oktober dieses Jahres beschlossen. Dieser „Kinderzuschlag“ in Höhe von maximal 140 Euro im Monat wird an Eltern gezahlt werden, deren Einkommen knapp über den Einkommensgrenzen für Arbeitslosengeld II liegen, deren alleiniges oder gemeinsames Einkommen aber nicht reicht, um auch den Bedarf ihres Kindes zu bestreiten. Bisher erhalten nur etwa 25.000 Familien mit ca. 120.000 Kindern einen solchen Zuschlag.

Die Regierungsparteien haben nun die bisherigen Mindesteinkommensgrenzen, ab denen ein Antrag auf Kinderzuschlag gestellt werden kann, auf 600 Euro für Alleinerziehende und 900 Euro für Familien gesenkt, so dass mehr Familien oder alleinerziehende Mütter solche Anträge stellen können. CDU/CSU und SPD erwarten, dass dadurch etwa 50.000 Familien mit 130.000 Kindern zusätzlich Aussichten auf diese Zulage bekommen. Die Mehrkosten für den Bund sollen 136 Millionen Euro pro Jahr betragen. Der familienpolitische Sprecher der Linken, Jörn Wunderlich, nannte den Kinderzuschlag ein unbrauchbares Instrument gegen Kinderarmut. Fast die Hälfte aller von Hartz IV betroffenen Kinder leben bei Alleinerziehenden. Bislang sei nur 7% dieser Alleinerziehenden ein solcher Kinderzuschlag gezahlt worden, künftig würden maximal 9% den Zuschlag erhalten können.

Energiepolitik soll Wahlkampfthema werden

Handelsblatt, 25.6. rül. Die Unionsparteien wollen die Energiepolitik zu einem Schwerpunktthema im nächsten Bundestagswahlkampf machen. Die Bundestagsfraktion hat deshalb eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die bis September dieses Jahres „nationale und internationale Handlungsmöglichkeiten“ aufzeigen soll. Der parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU, Röttgen, kündigte in diesem Kontext an, Energiepolitik werde „ein wichtiges Wahlkampfthema“ werden. Worin solche Handlungsoptionen bestehen sollen, deutete CSU-Landesgruppenchef Ramsauer an, der erneut längere Laufzeiten für Atomkraftwerke forderte. Der Ausstieg aus der Atomenergie sei falsch. Laut Ramsauer will die Union keine neuen Kernkraftwerke in Deutschland bauen, aber die Laufzeiten der bestehenden Werke verlängern. Laut Statistischem Bundesamt stagniert die Stromerzeugung in Deutschland seit Jahren. 2007 ging sie trotz starker Konjunktur um 3%

zurück. Die Anteile der verschiedenen Energieträger an der Stromerzeugung haben sich in den letzten Jahren nur wenig verschoben. So stieg der Anteil der Kernenergie an der Stromerzeugung von 1991 bis 2006 von 27% auf 28,4%, der Anteil von Öl und Gas von weniger als 10% auf fast 15%, der erneuerbarer Energiequellen von 7% auf heute knapp über 10%. Im gleichen Zeitraum fiel der Anteil der Kohle an der Stromerzeugung von ca. 55 auf ca. 45%.

Dass der Anteil erneuerbarer Energiequellen steigen soll, ist beinahe einhellige Position aller Parteien, dass Öl und Gas angesichts der Preisentwicklung keine Energiequellen der Zukunft bei der Stromgewinnung sind, eigentlich auch, während umgekehrt die hier und da von Umweltaktivisten vertretene Position „weder Kernkraft noch Kohle“ eher skurril und kaum realisierbar erscheinen. Ob die Union unter diesen Umständen mit der Position „Kernkraft plus Öko“ bei den Wählern punkten kann, bleibt abzuwarten. Die SPD antwortete jedenfalls auf die Unionsankündigung mit dem Vorwurf, die CDU/CSU verkomme „zu einer Atomsekte“. Die SPD hatte wenige Tage vor der CDU/CSU eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die bis Herbst ein „Gesamtkonzept zur Sicherung des Energiebedarfs“ erarbeiten soll. Dabei soll auch über Vorschläge nachgedacht werden, „wie die Bürger vor dem dramatischen Preisanstieg geschützt werden können“.

Ratifizierung des aktuellen EU-Vertrags. Gegenwärtiger Sachstand

1.6. huh. Das Nein bei der Abstimmung in Irland über die Ratifizierung des geänderten EU-Vertrags (Lissabon-Vertrag) hat zu zwei EU-weiten Diskussionen geführt. Zum einen wurden (zum wiederholten Male) Argumente und Gegenargumente zum Konzept eines „Europa der zwei Geschwindigkeiten“ ausgetauscht. In diesem Zusammenhang ist bemerkenswert, dass dieses Konzept von deutscher Seite spontan umdefiniert wurde in ein Konzept der Einschließung und Ausschließung von Staaten. Außenminister Steinmeier riet Irland, aus der EU (vorübergehend) „auszusteigen“, und der Vorsitzende des Europa-Ausschusses im Bundestag, Gunther Krichbaum (CDU), stellte fest, dass dies bereits geschehen ist: „Irland hat sich selber rausgeschossen!“ Demgegenüber geht die Mehrheitsmeinung innerhalb der EU dahin, dass der bisherige Ratifizierungsprozess – den mittlerweile 18 EU-Staaten vollzogen haben – fortgesetzt wird, bis sich alle 27 Mitgliedsstaaten dazu verhalten haben. Parallel dazu soll, darin stimmt

Politische Berichte im Internet: www.gnn-verlage.com

Am 25. Juni eröffnete Bundespräsident Köhler das Internationale Maritime Museum des Peter Tamm. Während Hamburg bei anderen Museen und den Geschichtswerkstätten in den letzten Jahren gekürzt hat, hatte die Stadt dem Betreiber des Museums 30 Mio. Euro, den historischen Kaispeicher B und zusätzlich noch über 3 Mio. für den Vorplatz und eine Brücke direkt ins Museum hinein buchstäblich nachgeworfen. Denn trotz der großzügigen Schenkung an die Peter Tamm Sen. Stiftung verzichtete sie auf jeden Einfluss auf die Ausrichtung und Qualität des Privatmuseums. Die öffentliche Kritik an der Tamm-Sammlung hat von Beginn an immer wieder auf die unkritische, geradezu verherrlichende Zurschaustellung von Seekriegswaffen aller Art – auch aus der Zeit des deutschen Faschismus – verwiesen. Trotz langer Vorbereitung haben sich die Befürchtungen leider bestätigt: Ein Konzept, das eine kritische Auseinandersetzung erlaubt, ist in der Sammlung nicht zu erkennen. Das Museum ist allein von der Sammelwut des früheren Vorstandsvorsitzenden des Springer-Konzerns bestimmt. Den interessierte etwa die Sozialgeschichte der Seefahrt nicht – also fehlt sie vollständig. Vor allem aber wird dem Museumsbesucher nahegebracht, wie die Faszination des Meeres nahtlos übergeht in die „Faszination“ des Krieges, der wie ein Orkan als Naturgewalt daherkommt. Beides erfährt der Mensch unterschiedslos als überwältigende, geradezu reinigende Kraft. Eine Auseinandersetzung mit den Zielen der Kriege, mit dem Großmachtstreben des Deutschen Reiches und des deutschen Faschismus, mit seinen Tätern und Opfern findet nicht statt. Das ist gerade



auch angesichts der aktuellen Kriege eine unerträgliche Verharmlosung, die durch die hochoffizielle Eröffnung ihre Weihe erfuhr.

Doch die Eröffnungsfeier blieb nicht ungestört. Rund 100 Menschen protestierten zu Wasser und zu Land. Trotz einiger Entfernung der Gegenkundgebung zum Ort des Geschehens stand die Zeremonie mit Fahnenhissung und allem Brimborium unter dem Eindruck lustiger Marschmusik und lauter Gesänge einer „Seemanns“-Kapelle, eine von mehreren phantasievollen Aktionen, an denen u.a. mehrere Gruppen von Künstlern beteiligt waren. Während die Springer-Presse die Kritik wie gewohnt überging und das Hohelied auf Peter Tamm und sein Museum anstimmte, erschienen in den überregionalen Medien etliche höchst kritische Beiträge, schmerzlich für das offizielle Hamburg, das so stolz auf dieses vermeintliche Prunkstück von Museum ist.

Christiane Schneider

man überein, Ursachenforschung zum Abstimmungs-Nein betrieben werden sowie Zeit gewährt werden für eine erneute Abstimmung in Irland. Dieser aktuelle mehrheitlich getragene Umgang der Mitgliedsstaaten miteinander lässt die nach wie vor tief verankerte Bedachtnahme auf wechselseitige Gleichbehandlung deutlich werden.

Die zweite EU-weite Diskussion befasste sich mit den tiefer liegenden Gründen für das irische Abstimmungs-Nein, weil hier allgemein vermutet wurde bzw. vermutet wird, dass diese Gründe auch in den anderen Mitgliedsstaaten vorhanden sind, jedoch durch die Abwesenheit einer entsprechenden Verfassungsmaßgabe (Volksabstimmung) bislang verdeckt geblieben sind. Hier ist die verbreitete Irritation darüber bemerkenswert, dass Irland infolge der (durch EU-Transfer-Zahlungen angeregten) dortigen wirtschaftlichen Prosperität einen lang anhaltenden Prozess der Einkommenssteigerungen aufweisen kann – und dass dennoch „gegen die EU“ abgestimmt wurde. Als eigentliche Gründe werden bislang u. a. vermutet: Erstens die hohe Zuwanderung von (rd. 200.000) Arbeitssuchenden. Zweitens die befürchtete Liberalisierung des

bislang geltenden Abtreibungsrechts aufgrund des Zwangs zur Übernahme der betreffenden EU-Regelungen.

BRD verbietet kurdisches Fernsehen

Die Linke-Fraktion, 24.6. PE. Die Bundesregierung hat ein Betätigungsverbot gegen den in Dänemark lizenzierten kurdischen Fernsehsender Roj TV im Bereich der Bundesrepublik verfügt und gleichzeitig die für Roj TV in Deutschland arbeitende Fernsehproduktionsfirma VIKO verboten. „Mit diesem Verbot gießt die Bundesregierung Öl ins Feuer des türkisch-kurdischen Konflikts“, erklärt dazu die innenpolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke, Ulla Jelpke. Jelpke weiter: „Roj TV erreicht mit seinen Kultur- und Nachrichtensendungen in kurdischer, türkischer, arabischer und persischer Sprache täglich mehrere Millionen Menschen im Nahen Osten und Europa. In der Türkei, wo Nachrichtensendungen in kurdischer Sprache weiterhin verboten sind, aber auch für Hunderttausende kurdischstämmiger Bürger in Deutschland ist Roj TV eine wichtige alternative Nachrichtenquelle gegenüber den meist chauvinistisch aufgeladenen türkischen Medien. Weil

bei Roj TV auch kurdische Exilpolitiker zu Wort kommen und ihre Vorschläge für eine politische Lösung der kurdischen Frage öffentlich machen, hat die Türkei seit langem ein Verbot des Senders gefordert. Mit dem Maulkorb gegen Roj TV schlägt sich die Bundesregierung nun erneut auf die Seite der türkischen Regierung, die jede Friedensinitiative von kurdischer Seite bislang ausgeschlagen hat. Statt den Konflikt zwischen Türken und Kurden weiter anzuheizen, sollte die Bundesregierung versuchen, vermittelnd einzugreifen. Das setzt aber einen fairen Umgang mit beiden Konfliktparteien voraus. Einen kurdischen Sender zu verbieten, während türkische Medien ganz selbstverständlich ihre Nachrichten verbreiten dürfen, ist damit nicht vereinbar.“

Zusammenstellung: alk

Die nächste Ausgabe der Politischen Berichte erscheint am 31. Juli.
Redaktionsschlusstermin: 25. Juli.
Artikelvorschläge und Absprachen über pb@gnn-verlage.de. Tel: 0711/3040595, freitags von 7 bis 12 Uhr.

USA: Kommunale Netzwerke gegen den Krieg und für soziale Anliegen gewinnen an Einfluss

In der nordamerikanischen Union haben sowohl die Bürgerrechtsbewegung wie auch die Antikriegsbewegung von Anbeginn (d.h. bereits in den 50er Jahren und dann verstärkt seit Beginn der 60er des letzten Jahrhunderts) die Demokratische Partei (DP) zum Anknüpfungspunkt gemacht für ihr Einwirken auf die Beschlussfassungen des Kongresses und auf die Entscheidungen bzw. das Handeln der jeweiligen Bundesregierung. Hier spielte im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen das Eintreten für bestimmte Kandidaten dieser Partei sowie ihre Durchsetzung auf dem jeweiligen Nominierungsparteitag („Convention“) stets eine bedeutsame Rolle.

1968 – ein notwendiger Rückblick

Es kommt nicht von ungefähr, dass derzeit in einem Teil der US-Medien wegen der bisherigen Spaltung zwischen den Unterstützern von H. Clinton einerseits (lt. Umfragen v.a. „weiße“ Industriearbeiter und Frauen) und B. Obama andererseits (dt. v.a. „weiße“ und grün orientierte College-Abgänger und Afro-Amerikaner) in der Nominierungsfrage unter dem Stichwort „Selbstschwäzung“ rückerinnert wird an den Nominierungsseptag der DP im August 1968 in Chicago und vor diesem Hintergrund für den kommenden November eine Niederlage gegen die Republikaner prognostiziert wird, ähnlich wie 1968. Um demgegenüber den jetzigen Entwicklungsstand in Sachen Einflussnahme auf die DP und deren Mitglieder im Kongress besser verdeutlichen zu können, sollen hier vorweg kurz die betreffenden Geschehnisse in 1968 behandelt werden.

Damals gingen erstmals die bis da-

hin getrennt agierenden (überwiegend „weißen“ bzw. überwiegend „schwarzen“) Bewegungen gegen den Vietnamkrieg (Außenpolitik) sowie gegen die Entrechtung bzw. Diskriminierung der afro-amerikanischen Bevölkerung und für Bürgerrechte bzw. für die Verbesserung ihrer sozialen Lage (Innenpolitik) aufeinander zu und übernahmen wechselseitig die jeweiligen Forderungen und Zielsetzungen der anderen Seite für sich. Im August desselben Jahres kamen an die 10.000 Anhänger dieser nunmehr verbündeten Bewegungen zum Nominierungsseptag der Demokratischen Partei nach Chicago, um im Sinne ihrer Forderungen plus Zielsetzungen vor Ort einzuwirken auf die Debatte des Konvents – und um entsprechenden Einfluss zu nehmen auf die Beschlussfassungen und die Kandidaten-Nominierung. Auf Geheiß des Bürgermeisters Richard Daley wurden sie in mehrtägigen (bürgerkriegsähnlichen) Einsätzen von 17.000 Mann Polizei plus 6.000 Mann Nationalgarde (die u.a. mit Schützenpanzern anrückten, selber ausgerüstet mit Bajonett-bestückten Schnellfeuerwaffen und Masken für den Tränengaseinsatz) aus der Stadt vertrieben.

Die Demokratische Partei, die sich auf diese Weise ihrer aktiven Parteibasis entledigte, ging dadurch nicht nur geschwächt in den Präsidentschaftswahlkampf (und verlor ihn gegen die Republikaner). Sondern diese Partei ließ es auch zu, dass ihre Basis zur Anklage gebracht werden konnte – in Gestalt des nachfolgenden Prozesses wegen „Verschwörung“ gegen die „Chicago 8“, die Hauptorganisatoren jenes o. a. Aufmarschs – darunter Bobby Seales, Mitbegründer der (wegen ihrer

eigenständigen Sozialprogramme außerordentlich populären) afro-amerikanischen Black Panther-Vereinigung. Diese Vereinigung kann als frühes soziales Netzwerk für den Bereich der von diesem Bevölkerungsteil bewohnten Kommunen gelten. Das Verfahren gegen Seales wurde abgetrennt, er selbst wurde wegen seines Widerstands gegen die Beschneidung seiner Verteidigungsrechte im Verhandlungsablauf geknebelt sowie an den Stuhl gekettet und schließlich der „Verschwörung“ für schuldig befunden bzw. mitverurteilt (1).

Es muss hier für die weitere Darstellung erstens festgehalten werden, dass die aufmarschierte Parteibasis v.a. dadurch auf den Konvent einzuwirken suchte, dass sie den Zusammenhang zwischen der inneren zivilgesellschaftlichen Situation und der auswärtigen Kriegspolitik betonte. Und es muss an dieser Stelle zweitens festgehalten werden, dass das Einbeziehen eines solchen Standpunkts im Jahre 1968 dazu führte, dass man – mit Billigung der DP – zum „inneren Feind“ erklärt und mit einem Prozess wegen „Verschwörung“ überzogen wurde. Jetzt, 40 Jahre später, lässt sich hinsichtlich der so begründeten basispolitischen Einflussnahme auf die DP und ihren Nominierungsseptag ein beträchtlicher Fortschritt feststellen:

2008 – eine aktuelle Bestandsaufnahme

Ausgehend von den (parteienübergreifenden) basispolitischen Bewegungen und ihren Netzwerken – wie „Cities for Peace (bring the troops home/bring money home)“ und „Cities for Progress – an urban network for social change“ stützt sich die heutige Einflussnahme auf die Demokratische Partei sowie auf den Kongress und die Bundesregierung mittlerweile in erster Linie auf die Kommunalräte und die Bürgermeister. Das wurde möglich, weil der oben angesprochene Zusammenhang zwischen der auswärtigen (Kriegs-)Politik und der inneren zivilgesellschaftlichen Lage nicht nur immer mehr spürbar ist vor Ort – und somit den Handlungsspielraum dieser Räte bzw. Bürgermeister immer mehr beschränkt. Sondern das wurde v. a. auch möglich, weil dieser Zusammenhang jetzt kontinuierlich



(c) Art Shay 1968

Parteitag der Demokratischen Partei in Chicago 1968. Anti-Vietnamkriegsdemonstranten fordern die sofortige Heimkehr der Truppen. Rechts: Truppen der Nationalgarde riegeln das Stadtzentrum ab.

durch eigenständige (vom „Federal Budget Watch“-Netzwerk bzw. dem „Institute for Political Studies/IPS“ zur Verfügung gestellte) Recherchen transparent gemacht wird.

Sie ermöglichen den Kommunalräten und den Bürgermeistern (egal welcher Partei!) einerseits einen ständig fortgeschriebenen Überblick über den eigenen vom Zentralstaat aufgezwungenen Finanzmittelbeitrag zum Kriegskurs der Bundesregierung. Und sie ermöglichen ihnen andererseits eine sehr konkrete Benennung aller kommunalen Leistungen, die aufgrund dieser fehlenden Finanzmittel nur noch zum Teil oder überhaupt nicht mehr gewährleistet werden können. Die einzelnen Kommunen wissen somit heute ziemlich exakt, wieviel der Krieg im Irak und in Afghanistan kostet – und was er sie kostet. In der ständigen Auseinandersetzung (über alle parteipolitischen Selbstzuordnungen hinweg) mit jenen, die den Kommunen das Recht auf Einmischung in die Außenpolitik des Zentralstaats absprechen (2), wird zunehmend der Standpunkt bezogen, dass das Steueraufkommen in erster Linie dort, wo es herkommt, eingesetzt werden muss – für die, von denen es stammt. Ein Ratsmitglied der Kleinstadt Ferndale im Bundesstaat Michigan wird hierzu mit folgenden Worten zitiert: „In der ganzen Angelegenheit geht es um das Setzen von Prioritäten. Der Krieg ist keine gute Art und Weise, um unser Geld auszugeben – gemessen an all unseren anderen Notwendigkeiten bzw. Bedürfnissen. Wenn wir nicht im Krieg wären ... im Irak, würde uns für verschiedene Programme eine Menge mehr Geld zur Verfügung stehen.“ (3)

Vor dem Hintergrund des nach wie vor schwankenden Abstimmungsverhaltens der DP-Mitglieder im Kongress (z.B. Zustimmung zu Vorlagen der Bundesregierung wegen darin enthaltener zivilgesellschaftlicher Ausgabenposten bei gleichzeitiger Inkaufnahme der damit gebündelten Militärausgabenteigerung) kommt einer aktuellen Initiative der US-Bürgermeister deswegen besondere Bedeutung zu. Das betrifft jene Resolution gegen einen US-Angriff auf den Iran, die von Bürgermeister Robert Kiss aus Burlington/Vermont am 20. Juni auf der diesjährigen Konferenz der US-Bürgermeister in Miami im Ausschuss für Internationale Angelegenheiten zwecks nachfolgender Verabschiedung im Plenum vorgelegt wurde. In Anbetracht der Tatsache, dass sich zwei Drittel der US-Bürgermeister öffentlich zur Unterstützung für B. Obama bekannt haben, spiegelt das kurze Leben dieser Resolution auf dem diesjährigen US-Städtetag sehr gut den aktuellen Entwicklungsstand der außenpolitischen Selbstverständigung innerhalb dieser Parteibasis der

DP wieder. Die Abstimmung im Ausschuss ergab 7 Befürwortungen und 5 Ablehnungen – mit der Begründung, dass man die Konferenz über diese Frage nicht spalten wolle. Dieser Argumentation hat sich die Konferenzleitung angeschlossen und die Sache zunächst vertagt. Gleichwohl findet diese Resolution zunehmende Unterstützung:

„Dank einer basispolitischen Kampagne – initiiert durch CODEPINK, Global Exchange und Cities for Peace – hat eine Gruppe von Bürgermeistern eine Nationale Bürgermeister-Resolution unterzeichnet, die eintritt für Diplomatie gegenüber dem Iran. Bislang haben 32 Bürgermeister ... unterzeichnet.

Die Resolution drängt die Bush-Administration dazu, sich weiterhin diplomatischer Mittel im Umgang mit dem Iran zu bedienen und ruft den Kongress dazu auf, die Verwendung von Geldern für das Ausführen jeglicher Militäraktion gegen den Iran ohne eigene Autorisierung zu verbieten. Bürgermeister Bob Kiss ..., der Initiator dieser Resolution: „Städte quer über die Vereinigten Staaten bezahlen bereits einen hohen Preis für den Krieg im Irak hinsichtlich Tausender getöteter und verwundeter Männer und Frauen und hinsichtlich anderer Ressourcen, die umgelenkt wurden weg von wichtigen nationalen Prioritäten wie Infrastruktur, Bildung, Wohnraum und anderen Bedarf der Einwohner“ ... Bürgermeister Scott Brook von Coral Springs... [/Florida] stimmt ihm zu: „Im Irak geben wir 10 Billionen Dollar pro Monat aus während die Leute hier mangels Einkommen ihre Häuser verlieren und keinen Job finden. Wo liegen unsere Prioritäten? Wir können uns keine weiteren Interventionen leisten.“ (...“ (5)

Wie gut ersichtlich ist, zielt diese angesprochenen Kampagne zur weiteren Unterzeichnung der Iran-Resolution einerseits auf die Bereitstellung eines Rückhalts für das zukünftige Entscheidungsverhalten der DP-Kongressmitglieder. Gleichzeitig lässt sich hierüber andererseits auch eine gemeinsame Orientierung der beiden oben angesprochenen Teile der Parteibasis ermöglichen. Dies wird bereits ein Stück weit deutlich aus der aktuellen Ankündigung der Dachorganisation der US-Gewerkschaften AFL-CIO, den Präsidentschaftswahlkampf der DP mit einer eigenständigen auf die 300.000, bereits als Wähler registrierten, Gewerkschaftsmitglieder ausgerichteten Kampagne zu unterstützen: „Auf so vielfältige Weise – in Sachen Jobs, Gesundheitswesen, Spritpreise und Krieg im Irak – wird unser Land in die falsche Richtung geführt. (...). Unser Programm wird sein: Arbeiter zu Arbeiter, Nachbar zu Nachbar. Wir sind bereit zu mobilisieren...“ (6).

Hunno Hochberger

Quellen:

- 1 u.a.: „Chicago 1968: A Chronology“ – in: <http://www.geocities.com/athens/delphi/1553/c68chron.html#200828>
- 2 Rachana Dixit: „[Mayor] Norris joins group of mayors opposed to war with Iran“ – in: http://www.dailyprogress.com/cdp/news/local/local_govtpolitics/article...; 27.06.2008 (eigene Übers.)
- 3 Tony Favro: „As costs and casualties mount US cities urge end to Iraq war“ – in: City Politics; 09.05.2007 (eigene Übers.)
- 4 „U.S. Mayors Mobilizing Against a War with Iran“ – dokumentiert in: Cities for Progress...; 25.06.2008
- 5 Medea Benjamin: „US Mayors step into Iran fray calling for Diplomacy, not War“ – in: <http://www.smirkingchimp.com/print/15513/> (eigene Übers.)
- 6 CNN: „Largest labor organization endorses Obama“; in: CNN.com – 26.06.2008 (eigene Übers.)

Oberstes Gericht gibt Guantanàmo-Häftlingen das Recht „Habeas Corpus“ zurück

Das Militärlager „Guantanamo Bay“ ist weltweit zum Synonym für die Be seitigung des Menschen als Träger individueller Rechte geworden, für seine Vernichtung als Rechtsperson. Die Internierten stehen völlig außerhalb der Rechtsordnung der Vereinten Staaten und auch des internationalen Völkerrechts.¹ Die Gefangenen werden neben vielen anderen menschenunwürdigen Behandlungen systematisch gefoltert.² Der Zugang von Anwälten zu den Inhaftierten musste erstritten werden. Die Veröffentlichung der Namen der Inhaftierten musste eingeklagt werden (März 2006). Gefangene mussten aus Anlass von schwersten Misshandlungen zweimal in Hungerstreik treten, um ihrer physischen Vernichtung

zu entkommen (siehe Politische Berichte, Nr. 20, 2005). Die Forderung nach Schließung dieses Lagers ziehen sich wie ein roter Faden über die gesamte Zeit und über verschiedenste gesellschaftliche Kreise (im Februar 2006 z.B. von UN-Sonderermittlern). Die beiden Präsidentschaftskandidaten Obama und McCain haben laut FAZ vom 13. Juni angekündigt, das Lager schließen zu wollen. Aber bis das, wenn überhaupt, stattfindet, dauert es noch, und die teilweise seit sechs Jahren festgehaltenen Gefangenen benötigen so schnell wie möglich den Status normaler Untersuchungshäftlinge. Von Beginn an, d.h. seit sechseinhalb Jahren, solange dieses Sondergefängnis der Vereinigten Staaten auf einem ›

Drei der grundlegenden Beschlüsse der amerikanischen Regierung zur Ausgestaltung der Machtbefugnisse von Systemen, die außerhalb der normalen Rechtsordnung angesiedelt sind:

„USA PATRIOT ACT“: Uniting and Strengthening America by Providing Appropriate Tools Required to Intercept and Obstruct Terrorism Act , dt. etwa: „Gesetz zur Einigung und Stärkung Amerikas durch Bereitstellung geeigneter Hilfsmittel, um Terrorismus aufzuhalten und zu blockieren“

„MILITARY ORDER“: Detention, Treatment, and Trial of Certain Non-Citizens in the

War Against Terrorism“, dt. Etwa: „Militärischer Befehl : Internierung, Behandlung und Gerichtsverhandlung von bestimmten Nicht-Staatsbürgern im Krieg gegen Terrorismus“

MILITARY COMMISSIONS ACT (MCA) (Gesetz über die Einrichtung von Militärttribunalen): als „feindliche Kämpfer“ eingestufte Personen können von Sondergerichten, den

Militärttribunalen verurteilt werden können. Das Recht auf Vertretung durch einen Anwalt ist eingeschränkt, u.v.a. werden auch Beweise vom Hörensagen zugelassen. Auch unter Folter erzwungene Aussagen werden verwertet. Angeblich gilt das Gesetz nur für Personen, die nicht Staatsbürger der USA sind. Eine Anfechtung der Urteile – auch von Todesurteilen – bei regulären Institutionen ist nicht möglich

seit 1903 von den USA gepachteten Teil Kubas besteht, kämpfen Anwälte und Menschenrechtsorganisationen gegen die vollkommene Abschirmung und die Rechtlosigkeit der Insassen.

Am 10. Juni 2008 hat jetzt das Oberste Gericht der Vereinigten Staaten mit 5 zu 4 Stimmen den Gefangenen das Recht zugesprochen, ihre Inhaftierung von amerikanischen Bundesgerichten prüfen zu lassen. Die Gefangenen können sich demnach auf das amerikanische Verfassungsrecht „Habeas Corpus“ berufen. Das 2006 vom Kongress verabschiedete Gesetz über Militärttribuale (Military Commissions Act MCA) hatte dieses Verfassungsrecht beseitigt. Dieses Gesetz ist mit dem Spruch der Obersten Richter als verfassungswidrig eingestuft worden³. Außerdem stellen die Richter fest, dass die Häftlinge aufgrund des MCA keine ausreichende Möglichkeit hätten, sich gegen ihre Einstufung als „feindliche Kämpfer“ zu wehren. Nach 2004 und 2006 ist dies der dritte Richterspruch des höchsten Gerichts der USA in dieser Sache. Jedes Mal zierte die Bush-Regierung auf eine höchstrichterliche Entscheidung, dass die Sonderbehandlung der als „feindliche Kämpfer“ eingestuften Gefangenen kompatibel sei

mit dem amerikanischen Rechtssystem.

Mit diesem Urteilsspruch kommen viele Einzelfragen in Bewegung⁴. Er stellt einen wichtigen Schritt für die Wiederherstellung von Rechtsverhältnissen in den Vereinigten Staaten dar, die mit dem „Patriot Act“ vom 26. Oktober 2001 und mit der „Military Order“ vom 13. November 2001⁵ abgeschafft worden sind. Das Oberste Gericht ist in dieser Frage völlig gespalten: während die, wenn auch knappe Mehrheit der Richter die Beendigung des selektiven Ausnahmezustandes für die Gefangenen in Sondergefängnissen fordert: „Die Gesetze und die Verfassung sind so ausgelegt, dass sie auch in außergewöhnlichen Zeiten überleben und in Kraft bleiben“, erklärt die Minderheit der Richter die eigenen Kollegen zu potentiellen Mördern von US-Bürgern: Die Nation sei „im Krieg mit radikalen Islamisten“ und das Urteil würde die Kriegsführung für die USA erschweren. Er würde „ganz gewiss dazu führen, dass mehr Amerikaner getötet würden“. Diese Minderheitenmeinung tradiert die Rechtsauffassung der US-Regierung, die mit dem MCA den Ausnahmezustand legalisiert und als Bestandteil der politischen und ju-

ristischen Realität definiert hat. Die Anwälte der Guantánamo-Häftlinge wollen jetzt nachhaken und beharren darauf, dass den Gefangenen noch weitere Verfassungsrechte zuständen. Die Regierung sei es, die die Verfassung und diese Rechte verletzte.

Wie es mit dem Lager Guantánamo Bay weitergeht, ist von großer Bedeutung für die Weltgesellschaft. Dabei geht es um die Frage: Ist der Ausnahmezustand mit seiner greifbarsten Ausprägung des Lagers herrschendes Paradigma des Regierens? Der Anschein möchte dies bestätigen: gegenwärtig wird mit der Begründungsformel „Krieg gegen Terrorismus“ in vielen Ländern das Grundrechtsfundament ausgehöhlt, man denke an dieser Stelle nur an Schäubles ewige Litanei und seine permanenten Versuche, Verfassungsrecht zu brechen. Es gibt aber immense gesellschaftliche Kräfte, die das verhindern wollen. Mit dem Richterspruch in den USA haben sie einen wichtigen Sieg errungen.

Eva Detscher

Quellen: FAZ vom 13.6. und 19.6.; wikipedia; washington post; Handelsblatt; Regierungsdokumente aus den USA (übers Internet), Politische Berichte

Anmerkungen:

1 In den PB 7/2008 wurde das „Deutsche Institut für Menschenrechte“ in Berlin zitiert: „Der Begriff des Feindstrafrechts entspricht der Sache nach exakt der Kategorie des „unlawful enemy combatant“, die die US-Administration für die Internierten in Guantánamo Bay geprägt hat, um ihnen sowohl den völkerrechtlichen Status von Kriegsgefangenen abzusprechen als auch den Schutz des Strafrechts beziehungsweise Strafprozessrechts vorzuenthalten.“

2 Handelsblatt vom 12./21./22. Juni 2008: „US-Mediziner belegen Folter in Gefängnissen“. Untersuchungen an Häftlingen, „die später alle ohne Strafverfolgung aus dem Gewahrsam entlassen worden seien“, betätigen diese Tatsache. „In einem Begleitkommen-

tar schreibt der pensionierte General Antonio Taguba, die Untersuchungsergebnisse deuteten auf „systematische Folter“ hin. ...

3 Die jüngst vor einem Militärttribunal in Guantánamo verhandelten Fälle basierten auf diesem jetzt für verfassungswidrig erklärt Gesetz MCA und werden wohl erst einmal ruhen müssen, wenn nicht sogar ganz eingestellt: denn diese Militärttribunale basieren darauf, dass den „Angeklagten“ u.a. kein Rechts auf Überprüfung ihrer Urteile durch reguläre Institutionen haben, und dies wiederum als Konsequenz aus der jetzt für verfassungswidrig erklärt Verweigerung des „Habeas Corpus“ für die Gefangenen folgt. (siehe dazu auch PB 20/2006)

4 Ungeklärt ist u.v.a., ob sich auch Gefangene in anderen Militärgefängnis-

sen auf die Urteil berufen können (z.B. in Bagram in Afghanistan).

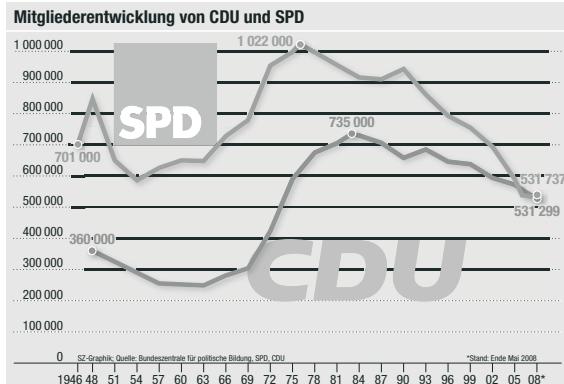
5 Die UN hatten die Angriffe vom „11.9.2001“ als „Verteidigungsfall“ gekennzeichnet Daraufhin hatte die NATO den Bündnisfall ausgerufen. Seither werden alle gesetzlichen Maßnahmen damit begründet, dass sie dem seither bestehenden Ausnahmezustand geschuldet seien. Alle Angriffe auf Grundrechte, sei es für jeden oder für eine bestimmte Bevölkerungsgruppe, werden mit dem Krieg gegen den Terrorismus oder auch gegen den Islamismus, je nachdem, was gebraucht wird, gerechtfertigt. Diese Logik wird auch von NATO-Bündnispartner wie Großbritannien oder Deutschland (besonders penetrant: Schäuble) zur Begründung von zahlreichen Attacken auf Grund- und Freiheitsrechte bemüht.

Verwerfungen im Parteien- system gehen weiter

Das Parteiensystem in der BRD findet nicht in eine stabile Lage. Markantes Anzeichen dessen sind die Wahlergebnisse der Linkspartei bei Landtagswahlen und Kommunalwahlen, denen neue, immer höhere Umfragewerte folgen. So hat eine jüngste Umfrage für die Linke bei den Landtagswahlen in Bayern fünf Prozent gemessen, im benachbarten Baden-Württemberg sogar sechs Prozent, in Hessen acht Prozent. Ein Blick auf die Entwicklung der Umfragewerte in Bayern* – im September sind dort Landtagswahlen – zeigt eine Lockerung der Wählerbindung an die CSU, neben der die „Freien Wähler“ erstarken. Unklar ist auch, ob die CSU das in Bayern besonders große Potential extrem rechts eingestellter Wähler halten kann (siehe auch Seite 20 dieser Zeitschrift). Freie Wähler – nach den Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein auch dort eine Größe – und Wahlerfolge der Rechtsextremen lassen schon heute Zweifel zu, ob die Rede vom Fünf-Parteien-System die Lage angemessen beschreibt; Zweifel, die auch in der immer weiter sinkenden Wahlbeteiligung Nahrung finden. Offensichtlich entwickelt sich eine Diskrepanz zwischen den Erwartungen der Wählerinnen und Wähler und den Leistungen der Parteien. Die Parteien vermitteln nicht nur die Beziehung zwischen der Wählerschaft und dem Staat. Sie sind soziale Gebilde mit Eigenleben, nicht ein einfacher Abklatsch von Strömungen in der öffentlichen Meinung. Parteien müssen Verschiebungen in den Erwartungen der Wählerschaft verarbeiten, und es kann geschehen, dass ihre eigene Tradition ihnen das unmöglich macht.

Rückblende: Erosion und Neufixierung des BRD-Parteiensystems

Eine solche Situation lag in der alten BRD Ausgang der sechziger Jahre vor.



„1968“ brachte eine breite Politisierung. Nicht nur entwickelte sich die Partei der Grünen neben der FDP zur dritten oder vierten Kraft, auch bei der CDU und der SPD wuchsen die Mitgliederzahlen. Die Parteimitgliedschaft war für viele eine Möglichkeit, etwas gesellschaftlich zu bewirken. Seit den 80er Jahren und beschleunigt in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren sinken die Mitgliederzahlen der großen Parteien.

gewesen waren, auf die neuen sozialen Bedingungen Antworten zu finden und auf die neuen Bewegungen einzugehen, und die Entstehung einer neuen Partei schmerhaft erlebten, zeigte sich, dass die von dieser neuen Partei ins Spiel gebrachten politischen Ansätze und kulturellen Techniken von Union, FDP und SPD aufgegriffen werden konnten. Wer jenen beeindruckenden Ausbruch aus festgefügten Traditionen miterlebt hat, kann leicht meinen, das Drehbuch und die Kräfte hinter der Bühne zu kennen. Es läuft aber inzwischen ein ganz anderer Film.

Heute geht es um die Transferleistungen

So wie der Rückblick auf die statistischen Daten die großen Veränderungen der damaligen Zeit mit der Veränderung der Erwerbsquote, dem Ansteigen der Abiturientenzahl und der Erwerbstätigkeit der Frau außerhalb der Familie deutlich genug macht, zeigt sich seit den achtziger Jahren eine anderes Phänomen. Die Bedeutung der Transferleistungen für die Lebensführung der Bürgerinnen und Bürger hat zugenommen. Das führt zu einem Perspektivwechsel. Der Kampf um die materiellen Daseinsbedingungen wird nicht mehr nur als Kampf zwischen Lohnarbeit und Kapital geführt, der Scheidung von „Einkommen aus unselbstständiger Arbeit“ und „Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen“ folgt eine weitere zunehmend bedeutsame: Einkommen aus Umverteilungsprozessen in Folge politischer Entschlüsse bzw. Gesetze.

Dieser Prozess hat zwei Momente: Es geht dabei zum einen um die Bereitstellung öffentlicher Güter für die Reproduktion, die spezifische, klassifizierbare Interessen begünstigt oder verletzt. Ein Beispiel dafür ist das Bildungssystem und dessen ausschließende Funktion. Zum anderen geht es auch um die Bereitstellung von Mitteln zum Unterhalt, Altersrente, Gesundheitsversorgung, Arbeitslosenversicherung, Wohngeld, alle diese Leistungen müssen ganz oder teilweise durch Umverteilungsprozesse finanziert werden. Wie es dazu gekommen ist, dass Umlage- oder Versicherungsfinanzierungen immer mehr auf Steuerzuschüsse angewiesen waren und sich dadurch aus – tendenziell – selbst-verwalteten Einrichtungen in Staatsanstalten verwandelten, wäre eine Untersuchung wert, vor der Fragestellung der Destabilisierung des Parteiensystems genügt die Feststellung, dass im gesellschaftlichen Maßstab die neue Perspektive der Umverteilung durch den Staat entstand.

Brutto und Netto

Für die Stabilität des bisherigen Parteiensystems ist ein wichtiger Punkt, dass seine Träger Transferleistungen ▶

als Posten auf der Ausgabenseite der Staatshaushalte sehen, die aus der Besteuerung von Wirtschaftsleistungen gegenfinanziert werden müssen. Die Gegenfinanzierung greift hart in die Lebensführung der Bürgerinnen und Bürger ein. Steuern, Abgaben und Versicherungsbeiträge werden als drückende Lasten empfunden, die von den Parteien gerechtfertigt werden müssen. Es findet sich eine Rechtfertigung bürgerlich wirtschaftsoptimistischen Typs, die nach dem Modell der Investition die heutige Versagung als Quelle morgigen Glücks darstellt. Eine andere eher humanistischen Zuschnitte fordert solidarische Leistungen für „sozial Schwache“. Da in den Sternen steht, ob die öffentlichen Investitionen zur Prosperität führen oder bloß den Profit vermehren, und auch, ob die solidarischen Leistungen bei den Bedürftigen landen (oder zum Beispiel in einer Betreuungsbürokratie), geraten die Parteien unter erheblichen Druck. Gegenwärtig erleben wir die CSU-Landtagswahlkampf bei den Versuch eines Befreiungsschlages unter der Devise: „Mehr Netto vom Brutto“.

Um es kurz und hart zu sagen. Die in der BRD herkömmlichen Parteien, Union, SPD, FDP und Grüne befinden sich gegenüber den Menschen, die sie wählen, in einer Legitimationskrise. Sie verlangen herbe Opfer, ohne die Ansprüche der Steuerzahler auf Stabilität zu gewährleisten. So kommt es zu einem Vertrauensverlust.

Ein neuartiger Verteilungskampf

Die Sozialsysteme der BRD und auch das Steuersystem sind so angelegt, dass a) die Beschäftigung und b) der Verteilungskampf zwischen Lohnarbeit und Kapital die Finanzierungsgrundlage schaffen. In den wirtschaftlichen Kämpfen der letzten Jahrzehnte konnte eine Verschiebung der Verteilung hin zu den Unternehmereinkommen und innerhalb der Lohnabhängigen hin zu den höheren Einkommen nicht verhindert werden. Genau diese Tatsache ist zum Ausgangspunkt einer neuen Art von Verteilungskampf geworden, in der das Gewicht der Wahlstimme direkt in staatliche Transferleistungen umgemünzt werden soll. Während in gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen durch das Mittel des Streiks die Produktion durch Produzenten direkt lahmgelegt wird, bedienen sich in diesen neuen Auseinandersetzungen die Interessenten, vermittelt durch das allgemeine Wahlrecht, der Staatsgewalt.

Die Haltung des politischen Durchgreifens, die in diesem neuen Verteilungskampf kultiviert wird, ist hoch riskant. Sie hat ihre Legitimation im Reichtum der Reichen, so wie dieser in den Boulevardmeldungen über Luxuskonsum und in den Berichten über Unternehmereinkommen erscheint.

Dem frech genossenen Überfluss wird der bittere Mangel gegenübergestellt, ein Ausgleich erfolgt durch Gewalt des Staates.

Der Vertrauensverlust, den die herkömmlichen Parteien erlitten haben, schafft den politischen Raum, in dem aus einer derartigen Perspektive eine funktionierende politische Strategie werden kann. Wählerbindungen werden geschwächt und können gerade als schwache Bindungen in diesem Sinne spekulativ eingesetzt werden. Gerade die Menschen, die davon ausgehen, dass sie mit ihrer Stimmabgabe kaum was ausrichten, können ihre Stimme auch einmal einer anderen Partei geben. Es setzt ein Erosionsprozess ein, der die herkömmlichen Parteien existenziell trifft. Einmal nehmen ganz trivial die Laufbahnchancen ab, die durch Beschäftigung im Apparat und im Zusammenhang mit Mandaten verteilt werden können. Die innerparteiliche Konkurrenz wird härter, Kooperationszusammenhänge werden zerlegt. Zum anderen werden die Parteien auch in ihren Koalitionsmöglichkeiten getroffen, und die Chance zu regieren wird berührt. Wenn aber der Status quo und das tagtägliche Immer-weiter-so einer Partei blockiert werden, so entsteht „Wirkung“. Sobald auf der anderen Seite die bekannten fünf Prozent zusammengekommen sind, funktioniert das.

Heikel ist diese Ummünzung von politischer Meinung in materielle Leistung nicht nur wegen des gewaltigen Verfahrens. Der so veranlasste Transfer führt auch zu einem Informationsverlust. Die Ursachen seiner Notwendigkeit verschwinden aus der Rechnung.

Gegenwärtig noch befindet sich die Linke in einem Zustand, indem sie das Interesse an Zahlungen, die dem sozialen Ausgleich dienen, auf sich zieht und dadurch auf die anderen Parteien wirkt.

Auf mittlere Frist entsteht eine risikante Situation. Wollte man sich eine Strategie ausdenken, um die Erwerbstätigen mehrheitlich gegen sich aufzubringen, müsste sie genau so angesetzt werden. Ins System der politischen Parteien übersetzt heißt das Schwarz-Grün oder Schwarz-Gelb-Grün. Sollte es in Hessen zu einer sogenannten Jamaika-Koalition kommen, wird das Problem nicht mehr zu übersehen sein.

Eine strategische Alternative

Da die sozialen Ungleichheiten so weit entwickelt sind, dass sie unter menschenrechtlichen Gesichtspunkten nicht hingenommen werden können, und da nur die öffentliche Hand die erforderliche Hilfe leisten kann, stellt sich die Frage, ob und wie eine solche Politik verantwortlich angelegt wer-

den kann. Die Linkspartei.PDS hatte hierzu einen Ansatz entwickelt, die Bereitstellung öffentlicher Güter und Einrichtungen als soziale und politische Pflicht des Staats bestimmt. Sie hat damit einer Entwicklung Rechnung getragen, in der die öffentliche Hand bei weitem nicht mehr darauf beschränkt ist, rechtliche Rahmenbedingungen wirtschaftlichen Handelns zu gewährleisten. Längst ist die Investitionstätigkeit der öffentlichen Hand zur unentbehrlichen Voraussetzung wirtschaftlichen Handelns geworden. Anders als die FDP wähnt, findet Wirtschaft heute nicht mehr einfach „in der Wirtschaft“ statt, sondern ebenso in den Planungsbehörden von Gemeinden, Ländern, Bund und EU.

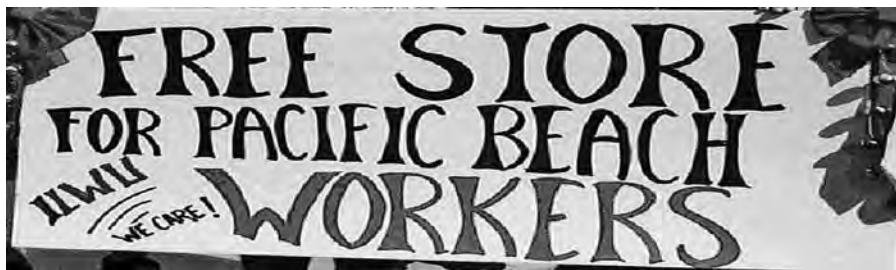
Die Frage, welche öffentlichen Güter bereitgestellt werden sollten, kann in einem doppelten Bezug diskutiert werden. Da ist zum einen der Nutzen für die wirtschaftliche Entwicklung, da ist zum anderen der Nutzen für die individuelle Entwicklung. Diese Diskussion lässt sich streitig führen, sie hat aber auch einen gemeinsamen Bezugspunkt, den der wirtschaftlichen Entwicklung. So wird die heutige Bildungsdiskussion bei allem Streit durch die Annahme zusammengehalten, dass Bildung für den wirtschaftlichen Erfolg der Einzelnen wie der Volkswirtschaft ein, ja der Schlüssel sei.

Die Diskussion um den wirtschaftlich und politisch sinnvollen Einsatz öffentlicher Mittel lässt sich in der BRD am überschaubarsten im Stadtstaat bzw. in großen Kommunen führen, wo die Aufgabe der Selbstverwaltung hervortritt und die Folgen in – relativ – überschaubaren Zeiträumen sichtbar werden. In diesem Rahmen kann sich eine linke Partei konstruktiv an der Ausgestaltung der öffentlichen Leistungen beteiligen. Die Entwicklung der Partei der Linken hat, besonders in Berlin, recht deutlich gezeigt, dass eine Strategie der Beteiligung in Gegensatz zur einfachen Propaganda der Umverteilung rücken kann. Daher bedarf es einer Erweiterung des Informationsflusses, Einrichtungen zur Bürgerpartizipation am Haushalt ergänzen das System der repräsentativen Demokratie und können es vielleicht sogar auf Dauer verändern.

Tatsächlich ist die Regierungsbeteiligung der Linkspartei in Berlin ein Glück für die linke Politik. Sie zwingt diese nämlich politisch, das heißt mit Blick auf das Ganze der öffentlichen Angelegenheiten zu denken, und sie verhütet die Verengung zu einer Lobby für Umverteilungen aller Art, die, wenn sie einmal gefragt würde, auch nicht wüsste, was sie mit den öffentlichen Einrichtungen anfangen sollte.

Martin Fochler

* www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/bayern.htm



Gerechtigkeit am Strand – Hotelarbeiter bitten um Unterstützung

Seit sechs Jahren kämpft eine Gewerkschaft auf Hawaii um die Anerkennung als Tarifpartner eines Hotels. Jetzt bitten die KollegInnen um unsere Unterstützung. (...) Es ist wichtig, dass wir alle eine kurze Protestmail an das Management schicken, um den Druck zu erhöhen: Unsere Erfahrung zeigt, dass Hotels besonders sensible auf diese Art von Kampagne reagieren. Also los. Die Geschäftsleitung des Pacific Beach Hotels hat wiederholt die verbrieften Rechte seiner Belegschaft missachtet. Seit sechs Jahren versuchen die KollegInnen, sich in der „International Longshore und Warehouse Union“ (ILWU) zu organisieren. Seitdem wurden sie angelogen, bedroht, eingeschüchtert und man bot ihnen Belohnungen für den Verzicht auf die Gewerkschaft an. Über dreißig besonders aktive KollegInnen wurden entlassen. Die Geschäftsleitung verweigert seriöse Verhandlungen mit der ILWU. Den Gerichten liegen mehr als zwei Dutzend Anzeigen wegen illegaler Management Praktiken vor. Der im Dezember 2007 beschlossene Boykott wird unterstützt von Prominenten, von Abgeordneten, vom nationalen AFL-CIO sowie von Gewerkschaften wie Zenkowan (All Japanischer Dockerarbeiter Verband), dem japanischen RENGO, RENGO-Dienstleistung, IUF-ICC und ITF. Trotz all dieser Unterstützung weigert sich der Mutterkonzern HTH Corporation weiterhin ernsthaft mit der Gewerkschaft zu verhandeln und das US-Arbeitsrecht einzuhalten. Und hier der Vorschlag eines Protestbriefes:

An die Geschäftsleitung des HTF Konzerns: Ihr Versuch, die Gewerkschaft unter Umgehung des US-Arbeitsrechts aus dem Pacific Beach Hotel herauszuhalten, ist eine Schande. In Übereinstimmung mit dem Gesetz haben sich Ihre Angestellten in geheimer Abstimmung für die Vertretung durch die Gewerkschaft und für einen Tarifvertrag entschieden. Nach Jahrzehntelangen treuen Diensten ist das nicht zu viel verlangt. Die Gewerkschaft ILWU, Ortsgruppe 142, hat bereits mehr als hundert Tarifverträge im Bundesstaat Hawaii abgeschlossen. Die übergroße Mehrheit dieser Verträge wurde ohne Streik auf dem Verhandlungsweg abgeschlossen. Ebenso sind die meisten vergleichbaren Hotels in Waikiki ta-

riflich gebunden und behandeln ihre Arbeiter fair. Sie schädigen die Tourismusbranche in Hawaii und damit letztlich ihr eigenes Geschäft. Bitte warten Sie nicht ab, bis das National Labor Relations Board Sie zur Einhaltung der Gesetze zwingt. Ich werde nur dann im Pacific Beach Hotel absteigen, wenn folgende Bedingungen erfüllt sind; (i) vollständige Einhaltung des US Arbeitsrechts (ii) Wiedereinstellung der gekündigten Gewerkschafter (iii) Anerkennung der ILWU als Tarifpartner (iv) Aufnahme ernsthafter Tarifverhandlungen. Wenn Sie schon keinen Respekt vor Ihren MitarbeiterInnen und deren Leistungen haben, dann halten sie doch bitte zumindest die geltenden Gesetze ein. Quelle: www.labourstart.org/

Italienische Behörden verschärfen Repression gegen Roma

Seit Monaten gehen sie systematisch gegen Roma-Siedlungen vor, beförderten damit die schweren Ausschreitungen eines rechten Mobs gegen ein Roma-Lager in Neapel (wir berichteten). Jetzt kündigte Innenminister Maroni an, zukünftig auch von Roma-Kindern und -Jugendlichen Fingerabdrücke zur Identifikation nehmen zu lassen. Dies sei nötig, so der Lega-Nord-Politiker, um in Erfahrung zu bringen, wer in legalen oder illegalen Lagern lebe. Tatsächlich ist die Situation in immer mehr Roma-Siedlungen prekär. Gera-de in Neapel, wo die Abfallkrise geradezu gigantische Ausmaße angenommen hat, werden den Roma Lagerplätze zwischen Abfallbergen zugeteilt, ohne fließendes Wasser, inmitten von Ratten und Ungeziefer, wie die italienische Europaabgeordnete Mohacsi kürzlich gegenüber „La Repubblica“ sagte. Ihr

zufolge haben nur 80.000 der rund 200.000 im Land lebenden Roma einen Aufenthalts-titel. Die meisten der übrigen 120.000 sind illegalisiert. Das jüngste Vorhaben des Innenministers hat immerhin wenigstens eine Debatte ausgelöst. Viele Umfragen zeigen nämlich, dass die ganz überwiegende Mehrheit der Befragten Polizeirazzien, Auswei-sungen und verschärfte Gesetzgebung gegen Roma befürwortet. Jetzt protestieren zahlreiche Hilfsorganisa-tionen, auch die katholische Kirche. Italien erhält übrigens im Unterschied zu Tschechien, Bulgarien, Rumänien und Spanien keine EU-Fördergelder zur Unterstützung der Integration von Roma – die diversen Regierungen ha-ben einfach keinen Antrag gestellt. (Quelle: NZZ, Bild: Polizeirazzia gegen Roma)

Wieder rechte Übergriffe auf CSD-Paraden in Osteuropa

TSCHECHIEN: In Brünn, der zweitgrößten tschechischen Stadt, lehnten die Behörden die Anträge rechter Gruppierungen wieder „Nationalen Partei“ und der „Nationalen Wiederauferstehung“ auf Gegenveranstaltungen zum CSD ab. Die Neonazis griffen die mit rund 500 Teilnehmern erste größere CSD-Parade in der Geschichte des Landes dann aber mit Feuerwerkskörpern, Eiern und Tränengas an. Rund 20 Menschen wurden verletzt. Unter Polizeischutz konnte die Parade durchgeführt werden, allerdings wurde die Route aus Sicherheitsgründen verkürzt.

Auch in der bulgarischen Hauptstadt kam es zu Übergriffen auf die von der Schwulen- und Lesbenorganisation Gemini angemeldeten Parade. Die Polizei nahm 60 Rechte fest, die die Veranstaltung gestört und Teilnehmer angegriffen hatten. Die Organisatorin erklärte, dass sie vor der Parade, die aus Gründen der „Sicherheit und Moral“ zweimal verlegt worden war, Morddro-hungen erhalten habe.

In ZAGREB, KROATIEN, schützte Polizei den Zug mehrerer hundert Teilneh-mern. Hier hatten im letzten Jahr rund 20 Neonazis die Parade mit Molotow-cocktails beworfen.



Protestbriefe und Demonstration für Abzug aller Atomwaffen

STUTTGART. „Sehr geehrte Frau Merkel, Sie können jetzt Geschichte schreiben und Deutschland in ein atomwaffenfreies Land verwandeln“, so endet ein offener Brief, mit dem sich seit dem 26.6.2008 die Kampagne „unsere zukunft – atomwaffenfrei“ – ein Zusammenschluss aus 48 Nichtregierungsorganisationen – an die Bundeskanzlerin wendet. Zur gleichen Zeit startete das Online-Netzwerk Campact einen Appell an Merkel, endlich für den Abzug und die Vernichtung dieser Relikte aus dem Kalten Krieg sorgen. Auslöser für den Brief sind die jüngsten Berichte über die Sicherheitsrisiken im Atomwaffenlager Büchel. Danach hatten PolitikerInnen der SPD und der Opposition den Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland gefordert. Einen Tag zuvor hatte der Parlamentarische Staatssekretär

im Verteidigungsministerium, Thomas Kossendey (CDU), betont, eine nukleare Abschreckung sei weiterhin nötig. Dazu schreiben die VertreterInnen der Kampagne in einem Offenen Brief:



„Unserer Ansicht nach untergraben Atomwaffen auf deutschem Boden die Glaubwürdigkeit der Bundesregierung in Verhandlungen mit Staaten wie dem

Iran. Besonders wenn wir einerseits fordern, diese Staaten sollen auf die nuklearen Abschreckung verzichten, während wir uns andererseits selbst unter den Nuklearschirm der Nato positionieren. Seit fast 40 Jahren verstößt Deutschland durch die nukleare Teilhabe gegen den Geist des Nichtverbreitungsvertrages: Unser Land hat offiziell auf Atomwaffen verzichtet. In der Praxis aber lagern Atomwaffen auf deutschem Boden, stellt die Bundesregierung deutsche Tornados und Bundeswehrpiloten für ihren Einsatz zur Verfügung.“ **Am 30. August findet eine Großdemonstration direkt vor dem Atomwaffenlager Büchel statt.** Die Prominenten Horst-Eberhard Richter, Barbara Rütting und Nina Hagen haben u. a. ihre Teilnahme angekündigt.

www.atomwaffenfrei.de

Hunderte protestieren gegen Republikaner

ROSENHEIM. Rund 300 Menschen beteiligten sich am 20.6.2008 an einer Demonstration gegen Überwachungsstaat und gegen das neue bayerische Versammlungsgesetz. Anschließend protestierte ein Großteil der DemonstrantInnen gegen den Europakongress der rassistischen und geschichtsrevisionistischen Partei „Die Republikaner“. Es beteiligten sich Menschen aus den unterschiedlichsten Zusammenhängen und den verschiedensten Generationen. Vor zahlreichen symbolischen Orten, welche nach Meinung der Protestierenden stellvertretend für den zunehmenden Überwachungswahn stehen, fanden Kundgebungen statt. Im Anschluss protestierte ein Großteil der DemonstrantInnen gegen den Republikanerkongress. Auf der antifaschistischen Kundgebung wurde das Vorgehen der Stadt und des Kultur- und Kongresszentrums scharf angegriffen. Die Stadt Rosenheim, in der die Republikaner bei den letzten Kommunalwahlen 6,6 % der Stimmen erhielten, wurde als „Rassistenhochburg“ bezeichnet. Es sei skandalös, dass die rassistischen und geschichtsrevisionistischen Republikaner als fast normale Partei wahrgenommen werden. Eine Resolution der Stadtratsfraktionen gegen Extremismus, die so schwammig formuliert ist, dass sie sogar von den fremdenfeindlichen Republikanern unterzeichnet wurde, sei unglaublich. Am Vormittag fand bereits eine bürgerliche Kundgebung gegen den Republikanerkongress statt, welche von ca. 150 Menschen besucht wurde. Insgesamt dürften über 400 Menschen gegen den Republikanerkongress und Überwachungsstaat protestiert haben.

<http://de.indymedia.org>

Durchbruch vor Gericht: Wunsiedel bleibt bunt statt braun

WUNSIEDEL. Das Bundesverwaltungsgericht hat am 25.6.2008 ein wegweisendes Urteil gefällt. Die oberfränkische Stadt Wunsiedel hat mit Recht 2005 den Aufmarsch mehrerer Tausend Neonazis verboten, die dort Rudolf Hess ehren wollten. Der ehemalige Hitler-Stellvertreter liegt in Wunsiedel begraben. Die Richter bezeichneten die in Wunsiedel geplante „Glorifizierung der Person Rudolf Heß als Billigung des nationalsozialistischen Regimes in allen seinen Erscheinungsformen und damit auch als Gutheißen der von diesem Regime ausgeübten Gewalt- und Willkürherrschaft“. Verlierer des Verfahrens ist der Hamburger NPD-Chef Jürgen Rieger, der die Heß-Aufmärsche auf Jahre im voraus in Wunsiedel anmeldet hat. Er kann allerdings noch das Bundesverfassungsgericht anrufen. Die Internetseite „MUT gegen rechte Gewalt“ veröffentlicht die Kurzfassung des Urteilsspruchs. Auch in diesem Jahr findet am 16.8. in Wunsiedel wieder ein Tag der Demokratie statt. Es sieht so aus, als haben die Wunsiedler diesmal einen besonderen Erfolg zu feiern – nicht nur das anhaltende Engagement der städtischen Zivilgesellschaft, sondern auch ein Urteil, das der Gemeinde beträchtlich weiterhilft.

www.mut-gegen-rechte-gewalt.de

Sehr einladend?

Nach einer Tourismus-Studie beeinflussen rechtsextreme Wahlerfolge auch das Reiseverhalten von Touristen. So hätten 400.000 Gäste auf einen Urlaub in Mecklenburg-Vorpommern verzichtet, nachdem die NPD dort in den Landtag gewählt worden sei. Die Tourismusbranche verbindet damit

Gewinnebußen in Millionenhöhe. Eine Anzeige in der deutschen Stimme, dem Zentralorgan der NPD, lautet: „21,1 Prozent für die NPD – hier macht man gerne Urlaub.“ Von wegen. Laut einer Umfrage des Tourismusverbandes Mecklenburg-Vorpommern änderten beispielsweise 7 Prozent der Deutschen schon einmal ihre Reisepläne wegen Rechtsextremismus, wogegen aufgrund der Vogelgrippe nur 2,7 Prozent umdisponierten. In einigen internationalen Deutschland-Reiseführern ist sogar von „No-Go-Areas“ die Rede. Allein für Mecklenburg-Vorpommern rechnet die Studie mit finanziellen Einbußen von 100 bis 200 Millionen Euro jährlich.

www.aktion-zivilcourage.de

Gegen Naziaufmarsch in Bonn Duisburg am 12.7.

BONN. Das Bonner Aktionsbündnis „Kein Fußbreit den Faschisten!“ ruft für den 12. Juli auf zu einer Demonstration gegen Nazis. Der Anlass: Für den 12.7.08 hat das neonazistische „Aktionsbüro Mittelrhein“ eine Demonstration unter dem Motto

„Freiheit gibt es nicht geschenkt“ in Bonn-Duisdorf angemeldet. Die Demonstration richtet sich gegen die „Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien“, die unter anderem jugendgefährdende Texte im sogenannten Rechtsrock-Bereich indiziert. Der Verkauf rechtsextremer CDs ist eine wichtige Einnahmequelle für die rechte Szene. Nach über 10 Jahren ist dies der erste Versuch der Nazis, wieder in Bonn zu demonstrieren.

www.bonn-stellt-sich-quer.de



Greenpeace gewinnt vor Gericht gegen Vattenfall

SCHLESWIG. Nach sechsjährigem Rechtsstreit erhält Greenpeace Akteneinsicht zum schweren Störfall im AKW Brunsbüttel 2001. Der Energiekonzern Vattenfall hatte die Herausgabe der Unterlagen seit 2002 blockiert. Das Oberverwaltungsgericht Schleswig hat am 23.6.2008 entschieden, das Interesse der Öffentlichkeit auf Information und Transparenz sei bei Störfällen höher einzuschätzen als das Recht des Betreibers Vattenfall auf Wahrung seiner Betriebsgeheimnisse. Damit folgte das OVG einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts in Leipzig. Dieses hatte im Februar 2008 im Grundsatz entschieden, dass Greenpeace in diesem Fall als „Sachwalter der Allgemeinheit tätig“ sei. Das zuständige Ministerium dürfe die Akteneinsicht nicht länger verwehren. „Dieser Sieg vor Gericht ist eigentlich ein Skandal“, urteilt Greenpeace-Atomexperte Heinz Smital. „Es darf keine sechs Jahre dauern, bis ein Konzern wie Vattenfall in seine Schranken verwiesen wird und sich die Öffentlichkeit ein Bild von einem schweren Atomstörfall machen kann. Das zeigt, dass das Umweltinformationsrecht dringend reformiert werden muss.“ – Im AKW Brunsbüttel war es am 14. Dezember 2001 zu einer Wasserstoffexplosion nahe am Reaktordruckbehälter gekommen. Rund drei Meter Rohrleitung wurden zerfetzt. Die Öffentlichkeit erfuhr erst zwei Monate später von dem Vorfall. – Erst vergangene Woche hat der Stromversorger bei einer Begehung des AKW Krümmel verkündet, er habe aus der Vergangenheit gelernt. Man wolle die Öffentlichkeit nun bei Störfällen offener und schneller informieren. Das AKW Krümmel ist seit einem Traubbrand im Juni 2007 vom Netz. Auch bei diesem Störfall gelangte das wahre Ausmaß erst nach Wochen und stets nur scheibchenweise an die Öffentlichkeit.

www.greenpeace.de

Sommerakademie des „Friedensratschlags“

ÖBERHOF. Es ist das zweite Mal, dass die Friedensbewegung eine solche Sommerakademie ausrichtet, nachdem der erste Versuch im vergangenen Jahr so überaus erfolgreich verlief. Sie wird vom 24. bis 27. Juli in Oberhof (Thüringen) stattfinden. Die Sommerakademie steht unter dem Motto „Kriege, Klima, Katastrophen – Umsteuern, bevor es zu spät ist“ und befasst sich in zahlreichen Plenumsvorträgen und ebenso vielen Workshops mit den derzeit brisantesten Themen der Weltpolitik: Es geht um Afghanistan genauso wie um Irak oder den israelisch-palästinensischen Konflikt, um die neoliberalen

Gier nach Rohstoffen und fossilen Energien (v. a. Öl), um die Weltmachambitionen der Europäischen Union und die Perspektiven der USA nach Bush, um die strategische Orientierung der im nächsten Jahr 60 Jahre alten Nato, um die Werbestrategien der Bundeswehr in Schulen und Arbeitsagenturen oder um den „Krieg um die Köpfe“ der Menschen. Daneben werden auf der Sommerakademie Filme und ein fetziger Musikabend, sowie ein Trommel-Workshop angeboten, wird gebrillt und – bei Bedarf – gewandert u.v.a.m. Die Referentinnen und Referenten lassen ebenfalls spannende Vorträge, Impulse und Diskussionen erwarten: Matin Baraki, Johannes M. Becker, Christine Buchholz, Lühr Henken, Knut Krusewitz, Karin Leukefeld, Norman Paech, Werner Ruf, Uli Schneider, Andreas Zumach u.a.

www.sommerakademie-frieden.de

„Studiengebühren sind endgültig gescheitert!“

BERLIN. Der freie Zusammenschluss von StudentInnenschaften (fzs) fordert, aus den am 26.6.2008 veröffentlichten Ergebnissen des „Gebührenkompass“ die Konsequenzen zu ziehen und die Studiengebühren abzuschaffen. Die Studie ergibt, dass die Einführung der Studiengebühren keinerlei für die Studierenden spürbaren positiven Effekte hat. So geben 74,1% der befragten Studierenden aus sieben Bundesländern an, Studiengebühren würden keine Verbesserungen in der Lehre bringen. 84,9 % der Befragten glauben, dass die Länder die Finanzierung für die Hochschulen zurückfahren. „Studiengebühren sind nicht nur sozial selektiv. Auch das von den Ländern intendierte Ziel der Verbesserung der Lehre konnte nicht erreicht werden“, kommentiert Imke Buß vom Vorstand des fzs. „Studiengebühren sind endgültig gescheitert“, so Buß. Das Scheitern der Gebühren schlägt sich auch in den Stimmen für die Abschaffung wieder. Mehr als 70 % der Studierenden – in Hessen sogar über 84 % – stimmten für eine Abschaffung der Unimaut. „Die Länder müssen das Votum der Studierenden ernst nehmen. Eine gescheiterte Politik darf nicht weitergeführt werden“, schließt Florian Hillebrand, ebenfalls Mitglied im Vorstand des fzs.

www.fzs.de

Abschiebung nach 27 Jahren Aufenthalt!

MÜNCHEN. Etwa 200 überwiegend jüngere Leute demonstrierten am 29.6. in München gegen die drohende Abschiebung von Mahmut Ylmaz. Bei der Protestkundgebung bezeichnete der Fraktionsvorsitzende der Grünen

Stadtratsfraktion München, Siegfried Benker, das Vorgehen der bayerischen Behörden als Rachejustiz. Weil ihm in der Türkei Folter und Tod drohen, muss Mahmut jetzt politisches Asyl beantragen, dabei lebt er seit 27 Jahren in München. Mahmut soll abgeschoben werden, weil er wegen einer Solidaritätsaktion gegen das PKK-Verbot vor 12 Jahren vorbestraft ist. Stadträtin Brigitte Wolf von der Linken forderte die Aufhebung des PKK-Verbotes, das solchen Willkürmaßnahmen Tür und Tor geöffnet hat und weiter offen hält. Mahmuts Rechtanwältin, Angelika Lex, forderte eine Änderung des ganzen Verfahrens, Flüchtlinge hätten so gut wie keine faire Chance, ihre Gründe vor dem Rechtssystem der BRD darzulegen.

Kreuzberger GrundschülerInnen machen Druck gegen Sparmaßnahmen

BERLIN. Rund 2500 SchülerInnen demonstrierten am 24. Juni 2008 vom Halleschen Tor bis zum Abgeordnetenhaus von Berlin. Lautstark forderten sie vom Schulsenator Jürgen Zöllner den Stoppt der Kürzungsmaßnahmen, die durch neue Organisationsrichtlinien ab Sommer 2008 in Kraft tre-



ten sollen. Geplant ist der Abbau von 69 Lehrerstellen in Friedrichshain-Kreuzberg, Kürzungen der Förderstunden für beeinträchtigte Kinder, eine Vergrößerung der Schulklassen und die Kürzung der Stunden für Deutsch als Zweitsprache. Noch vor zwei Jahren gab es zum Beispiel für autistische und geistig behinderte Kinder 10 zusätzliche Förderstunden. Diese wurden schon einmal reduziert auf 8,5 Stunden. Ab Sommer soll es für beeinträchtigte Kinder nur noch 5 Stunden pro Woche geben. Der Effekt: Jahrelange engagierte Integrationsarbeit der Regelschulen wird der Boden unter den Füßen weggeschlagen, Schritt für Schritt werden beeinträchtigte Kinder an Sonderschulen zurückgedrängt. „Euer Sparzwang kotzt mich an“ und „Bildung für Alle!! Sonst gibt's Krawalle!“ riefen die SchülerInnen Richtung Abgeordnetenhaus.

www.umbruch-bildarchiv.de

Medizinische Versorgungszentren eine Bedrohung für freiberufliche Ärzte?

In der vorigen Ausgabe hatten wir aus Aufsätzen von Michael Wendl eine Erläuterung des komplexen Systems der Krankenhausfinanzierung veröffentlicht, der sich kritisch mit der Verdi-Kampagne „Weg mit dem Deckel“ auseinandersetzt und verschiedene Ursachen für die enge Finanzlage bei den Krankenhäusern benannte, unter anderem das Chefarztsystem. Eine Analyse der ökonomischen und politischen Zwänge, die die öffentlichen Krankenhäuser systematisch benachteiligen, war ergänzt mit allgemeinen Bemerkungen zum Gesundheitssystem.

Die folgende Zuschrift einer Leserin hält die von Wendl vertretene Auffassung für die von (linken) Sozialdemokraten altbekannte mehr oder weniger unterschwellige Kritik an den Ärzten. Die Leserin lenkt den Blick auf die Probleme, die für die niedergelassenen Ärzte, insbesondere Hausärzte, aus der zunehmenden Konkurrenz von „Medizinischen Versorgungszentren“ entsteht.

Dazu dokumentieren wir auch Stellungnahmen von Hausärzten aus Bayern, wo die Proteste in den letzten Monaten besonders stark waren.

Die Meldungen zur „Kommunalen Politik“ im Anschluss beschäftigen sich diesmal ebenfalls mit dem Thema Krankenhäuser und deren Finanzierung.

Kritische Anmerkungen

Ich möchte Euch ein paar kritische Anmerkungen zu dem Artikel „Krankenhausfinanzierung ...“ aus den letzten Politischen Berichten zukommen lassen.

Auch wenn er sich mit Positionen der Sozialdemokratie kritisch auseinandersetzt, fußt er doch letztendlich auf den alten Auffassungen und Kritikpunkten, wie ich sie seit vielen Jahren doch als relativ abstrakt von der linken Sozialdemokratie her kenne: Kritik am Chefarztprinzip, unterschwellige Kritik auch an den freiberuflichen ambulanten Ärzten.

Ich bin weder ein fulminanter Verteidiger der Chefärzte, noch bin ich ein fulminanter Vertreter des Hausärzteverbandes. Dennoch denke ich, dass die Kritikpunkte, die gerade aus letzterem Bereich inzwischen kommen, wesentlich konkreter sind als die in dem Artikel benannten.

Es ist inzwischen ja so, dass die Chefärzte ihre Privatliquidationen kaum noch für sich selbst behalten dürfen, sondern sie zum großen Teil an die kommunalen Krankenhausträger abführen müssen. Und viele kommunale

Krankenhäuser, so z.B. das Klinikum Augsburg oder das Klinikum Nürnberg, haben extra private Abteilungen für Reiche, die inzwischen insbesondere aus dem Ausland anreisen. Das damit verdiente Geld geht in die Einnahmen der kommunalen Krankenhäuser, die in der Tat durch die Budgetierung inzwischen in den Ruin getrieben werden und sich teilweise nur noch durch diese Privateinnahmen aufrechterhalten können.

Wir ambulanten Ärzte, insbesondere die Hausärzte, bekommen das zu spüren: Wir erhalten schwerkrank Patienten sehr früh aus den Krankenhäusern und müssen diese versorgen,

Ich persönlich fühle mich in meiner hausärztlichen Tätigkeit durch die zunehmende politische Gängelung von allen Seiten derartig beeinträchtigt, dass ich nicht mehr weiß, wie lange ich meine Patienten noch in der Weise versorgen kann, wie ich es mir als menschenwürdig vorstelle und wie auch die Autonomie der Patienten unterstützt werden kann. So, wie es die Gewerkschaften sich vorstellen, kann es nicht funktionieren!

Interessanterweise werden jetzt die Kreisräte und Kommunalpolitiker im Flächenstaat Bayern aktiv, weil die gegenwärtige Politik insbesondere in Bayern sehr gravierende Folgen haben



25 000 Menschen konnten der Bayerische Hausärzteverband zur einer Kundgebung am 7. Juni in München mobilisieren. Sie gaben ihrer Befürchtung Ausdruck, dass die Politik den Beruf des Hausarztes durch ambulante Versorgung bei den Kliniken ersetzen will.

ebenfalls zu pauschalierten Beträgen, die nicht mehr kostendeckend sind und von maximal zwei Arzt-Patienten-Kontakten pro Quartal ausgehen.

Der Hausärzteverband, dem ich nicht angehöre, kritisiert diese Entwicklung vehement. Hintergründe sind nach Auffassung der Hausärzte globalisierende Maßnahmen: große international agierende Krankenhauskonzerne, die international tätig sind, kaufen kommunale Krankenhäuser auf, machen dort „Medizinische Versorgungszentren“ auf, die die wohnortnahe Patientenversorgung ablösen und lediglich nach Profitinteressen internationaler Konzerne agieren sollen.

Die SPD macht dies leider nicht zum Thema, weil sie den Freiberufler „Arzt“ noch nie gerne gesehen hat, ebenso wenig die Gewerkschaften.

wird. Ein Ausdruck davon war ja die sehr große Demonstration in München am 7. Juni mit etwa 25 000 Menschen. Politisch aktiv sind in Bayern natürlich zum Teil CSUler, zum Teil sind sie auch Ärzte. Einige dieser Ärzte haben hierzu etwas an Argumenten zusammengetragen (siehe Dokumentation). Auch wenn ich mit dieser Partei alles andere als sympathisiere, denke ich, dass diese Argumente wirklich wichtig sind.

Der Bayerische Hausärzteverband fühlt sich gegenwärtig durch keine politische Partei mehr vertreten und glaubt den Aussagen der CSU-Politikern kein Wort mehr. Er will die Änderungen im Gesundheitswesen zu einem großen Thema im bayerischen Wahlkampf im Herbst machen.

elf, Augsburg

Offener Brief eines Hausarztes und CSU-Mitglieds (Auszüge)

Gesundheitssystem in Deutschland: Was derzeit wirklich passiert

Ich bin 38 Jahre alt und Allgemeinarzt mit einer gut gehenden Hausarztpraxis in Neuötting, Oberbayern, geistig gesund und ein völlig normaler Bürger mit einer Lebensgefährtin und einem 15 Monate alten Sohn, bin seit 12 Jahren Gemeinderat und seit sechs Jahren Kreisrat der CSU, einer Partei, die sicherlich weit entfernt ist vom Ruf, linkspolitische und revolutionäre Gedanken zu pflegen.

Ich bin von tiefstem Herzen Demokrat und, wie mir in den letzten Tagen bewusst geworden ist, ein hoffnungsloser Idealist. Ich habe nicht mehr gemacht, als mir selbst die Frage zu beantworten, warum wir niedergelassenen Ärzte, Hausärzte und Fachärzte aussterben sollen, obwohl sich an der Charakteristik unseres Berufes und der Faszination für die nachfolgende Generation nichts geändert hat; der Wunsch dazu kam mit Sicherheit nicht aus der Bevölkerung, nicht von unseren Patienten.

Dass wir zu teuer sind, kann man wirklich nicht behaupten und wertlos sind wir erst recht nicht, denn

mit jedem Krankenhaustag, den wir durch unsere Arbeit vermeiden können, helfen wir den Krankenkassen sparen. (...)

Abschließend möchte ich noch einmal kurz zusammenfassen:

1. Krankenhäuser machen politisch gewollte Defizite, werden an Klinikketten verkauft.
2. Niedergelassene Ärzte verdienen politisch gewollt so wenig, dass der Nachwuchs ausbleibt. Sie werden durch Medizinische Versorgungszentren (MVZ) ersetzt, die zu guter Letzt ebenfalls den Klinikketten gehören werden.
3. Die medizinische Versorgung unseres Landes liegt dann nicht mehr in der Verantwortung von Ärzten, sondern von Konzernen.
4. Monopolstrukturen und die Lenkung der Patientenströme garantieren bei einer überalterten Bevölkerung eine geradezu utopische Ertragssituation.
5. Ärztliche Standestradiationen werden dem reinen Streben nach Ertrag geopfert werden. Die gesundheitspolitische Landschaft wird sich von Grund auf radikal verändern und entsolidarisieren.
6. Die Ursache liegt nicht in dem Wunsch der Bevölkerung, sondern in der geschickten Manipulation

der Regierung durch hochpotente Lobbyisten, die die Macht haben, über das Schicksal der Politiker zu verfügen.

Die Lösung des Problems der Rettung unseres Gesundheitssystems wäre einfach: würde man den Beruf des selbstständigen Arztes wirklich wieder attraktiver machen, würde diese Berufsgruppe immer ein mächtiges Kontrollorgan und einen Gegenpol zu der Konzernpolitik darstellen, zumindest solange, bis man uns auch korrumptiert hat.

Die grundsätzliche Beurteilung der derzeitigen Lage unserer Nation überlasse ich sehr gerne anderen, denn die werden dafür bezahlt. Es ist wichtig, dass der Staat sich wieder seiner Verantwortung für den einzelnen Bürger bewusst wird und nicht für den Bürger in der Definition des Neoliberalismus.

Machen Sie sich Gedanken und, was mich freuen würde, überzeugen Sie mich, dass ich mich irre, dass alles, was ich heute hier verfasst habe, nicht wahr ist und das Hirngespinst eines Spinners, Sie könnten mir keine größere Freude machen.

Dr. med. Jan Erik Döllein, Allgemeinarzt, CSU-Kreis- und Gemeinderat, Mitglied des Verwaltungsrates der Kreiskliniken Altötting/Burghausen

Offener Brief von 207 bayerischen Hausärzten an Beckstein

6. Mai 2008: Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein, Sehr geehrter Herr Parteivorsitzender Erwin Huber,

Sie hatten sich in einem Brief mit Datum 21. April 2008 an uns als bayerische Hausärzte gewandt. In diesem Brief haben Sie sich in erfreulicher Klarheit für den Erhalt und die Stärkung der niedergelassenen Haus- und Fachärzteschaft als freien Berufsstand ausgesprochen. Sie schrieben dabei:

„Auch die Zulassung medizinischer Versorgungszentren hat an der klaren Präferenz der CSU für die freiberufliche Ärzteschaft nichts geändert. Wir haben durchgesetzt, dass medizinische Versorgungszentren nur von gesetzlich zugelassenen Leistungserbringern, also z.B. Ärzten oder Apothekern, gegründet werden können und nicht durch Finanzinvestoren.“

Für wie naiv halten Sie eigentlich die bayerischen Hausärzte?

Ein Beispiel: die australische Aktiengesellschaft Sonic Healthcare Limited ist inzwischen 100%-iger Eigentümer des Medizinischen Versorgungszentrums (MVZ) Labor Schottorf in

Augsburg sowie des Labors Bioscientia, Ingelheim/Rhein (einem MVZ mit 14 Ärzten). Vordergründig zwar von Ärzten geleitete Medizinische Versorgungszentren (MVZ) sind diese beiden deutschen Labore mit einem Umsatz von zusammen etwa 400 Millionen Euro pro Jahr 100%-ige Tochterunternehmen eines ausländischen Großkonzerns. Dr. Bernd Schottorf als Geschäftsführer des MVZ Labor Schottorf findet sich mit seinem Einkommen auf der Gehaltsliste des australischen Konzerns.

Das ist kein Einzelfall: das MVZ Labor Tiller und Kollegen in München gehört seit September 2007 dem österreichischen Laborkonzern Futurelab Holding!

Auch wenn die Labormedizin nicht in unmittelbarem Patientenbezug steht, es wird eines deutlich: jedes MVZ kann ohne Probleme Teil einer renditeorientierten Gesundheitsindustrie sein!

Fazit: der Labormarkt ist dank dem GKV-WSG bereits zum großen Teil in der Hand ausländischer Großkonzerns statt in den Händen deutscher Laborärzte!

Wie sagten Sie doch gleich: MVZ können nicht durch Finanzinvestoren gegründet werden!?

Doch es geht weiter: Herr Wolfgang Pföhler sprach als Vorstandsvorsitzender der Rhön-Klinikum AG in der Bi-

lanzpressekonferenz am 24.04.08 von „unseren“ MVZs (er ist übrigens weder Arzt noch Apotheker!) Er führte dann weiter aus: „Wir wollen nicht mehr und nicht weniger als ein umfassendes Angebot einer Vollversorgung aufzubauen, das die kompletten medizinischen Leistungen im ambulanten und statio-nären Bereich umfasst ...“

Schon in der Analystenkonferenz am 8.11.2007 hatte er geäußert: „Unser strategisches Ziel war, ist und bleibt für die Zukunft die flächendeckende Vollversorgung: Wir wollen deutschlandweit allen gesetzlich und privat versicherten Patienten ein attraktives, umfassendes, wohnortnahe und bezahlbares medizinisches Angebot machen. Dies schließt das gesamte Spektrum akutmedizinischer Gesundheitsdienstleistungen ein – von der ambulanten über die stationäre Grundversorgung bis hin zur universitären Maximalversorgung.“

... Uns treibt der Anspruch auf Erfüllung des Sicherstellungsauftrags!“

Und in der Analystenkonferenz vom 9.11.2006:

„Unerwähnt bleiben soll auch nicht, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass wir die Gesundheitsreform zügig und umfassend politisch begleiten. Wir denken, dass es heute zu einem modernen Unternehmen gehört, dass sich der Vorstand, dort wo die

Interessen des Unternehmens berührt sind, einmischt.“

Sie wissen vielleicht nicht, dass im Januar 2007 eine Fachtagung der Bertelsmann-Stiftung zum Thema: „Die Richtung stimmt: Populationsorientierte integrierte Versorgung“ statt fand. Einer der Hauptredner war Franz Knieps, Abteilungsleiter Gesundheitsversorgung, Krankenversicherung, Pflegeversicherung des Bundesministeriums für Gesundheit. Er bedankte sich im Namen der Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt für diese Konferenz bei den Veranstaltern, der Bertelsmann-Stiftung und Kaiser Permanente. Er äußerte sich zu Kaiser Permanente, einem US-Unternehmen das Krankenversicherung, Klinikbetreiber, Ärzteorganisation und Apothekenkette in einem darstellt, als „besonderen Partner von dem man viel zur integrierten Versorgung lernen könne“. Er wies darauf hin, dass sich die Koalitionspartner im Koalitionsvertrag darauf verständigt hätten, die integrierte Versorgung insbesondere im Hinblick eines flächendeckenden Ausbaus zu fördern und dass die integrierte Versorgung weiterentwickelt werden soll in Richtung einer Alternative zur Regelversorgung!

Damit der Kreis sich wieder schließt: Dr. Brigitte Mohn, die im Vorstand der Bertelsmann-Stiftung sitzt, ist zugleich Mitglied im Aufsichtsrat der Rhön-Klinikum AG. Und diese Aktiengesellschaft macht sich nun bereit, die bisherige ambulante Versorgung der freiberuflichen Haus- und Fachärzte flächendeckend (!) durch konzerneigene MVZs zu ersetzen!

Soweit zu Ihrer Feststellung: MVZ können nicht durch Finanzinvestoren gegründet werden!

Wir bayerischen Hausärzte erkennen sehr wohl, dass wir von einer unheiligen Allianz von Politik und Gesundheitsindustrie umzingelt sind, in der auch die CSU innerhalb der großen Koalition ihre Rolle mitspielt!

Wir als bayerische Hausärzte sehen deshalb nur eine Chance, dieser Industrialisierung der ambulanten Versorgung zu begegnen: wir müssen selbst in diesem Wettbewerb zügig eine eigene Marktposition aufbauen und dies kann uns nur gelingen durch einen kollektiven Ausstieg aus dem KV-System.

Wir haben uns in den vergangenen Jahren durch die Lippenbekennnisse der verschiedenen Verantwortlichen der CSU immer wieder hinhalten lassen, ohne dass etwas entscheidend Positives für die bayerischen Hausärzte passiert wäre. Reden Sie nicht mehr! Handeln Sie! Schaffen Sie Fakten! Nur das wird uns Hausärzte noch überzeugen können.

Mit sorgenvollem Blick in die Zukunft grüßen Sie (es folgen die Unterschriften von 207 Hausärzten).

„Gewinnverbot für Klinikbetreiber“:

Die in Krankenhäusern erwirtschafteten Mittel müssten zwingend wieder „in den Erhalt und den Ausbau der Infrastruktur sowie in die Verbesserung der Versorgung von Patienten reinvestiert werden“, heißt es in einem Positionspapier. „Eine Thesaurierung von Gewinnen sollte daher für alle Klinikbetreiber gesetzlich vorgeschrieben werden“, so der Wortlaut. Damit fordert der Interessenverband kommunaler Krankenhäuser (IVKK) den Gesetzgeber auf, allen Klinikbetreibern die Ausschüttung von Gewinnen zu verbieten. Es könnte nicht angehen, dass sich private Klinikbetreiber die Rosinen herauspickten und ihre Anteilseigner und Investoren auf Kosten der Beitragszahler bedienten, sagte Verbandschef Hans-Jörg Hermes. Zwar bemühten sich viele der Aufkäufer in der ersten Zeit um den Erhalt des Status quo. Es sei aber zu erwarten, dass sie sich immer stärker auf profitable Leistungen konzentrierten. Mit aufwändiger Unfallchirurgie etwa sei kaum Gewinn zu machen, während man mit der Beschränkung auf planbare Eingriffe etwa in der Orthopädie prächtig verdienen könne. Eine „rein betriebswirtschaftlich-profitorientierte Betrachtung des Krankenhauswesens“, folgert der Verband, könne die flächendeckende Versorgung der Bevölkerung erheblich gefährden. Das Problem sind aus Verbandssicht dabei weniger die privaten Klinikketten, die bereits in Deutschland agieren. Wenn sich die Haltung der EU-Kommission durchsetze, dass der Krankenhaussektor ein Markt wie jeder andere sei, könne das deutsche System „gewaltig ins Rutschen kommen“. Für diesen Fall stünden internationale Investoren bereit, die deutlich aggressiver am Ziel der Gewinnmaximierung interessiert seien. Darauf müsse die deutsche Politik vorbereitet sein.

(Tsp) <http://www.tagesspiegel.de/politik/deutschland/Gesundheit;art122,2521027>

Dramatische Finanzlage der Krankenhäuser: DÜSSELDORF. „Es muss sofort etwas geschehen. Denn die Misere bedroht auch Kliniken in Nordrhein-Westfalen in ihrer Existenz und gefährdet damit die Sicherstellung einer optimalen medizinischen Versorgung“, sagte der Vorsitzende der neu gegründeten Landesarbeitsgemeinschaft kommunaler Krankenhäuser NRW, Joachim Finklenburg. Einem gewaltigen Kostenanstieg, der für alle Krankenhäuser bundesweit auf insgesamt acht Milliarden Euro für die Jahre 2008/2009 geschätzt wird, stünden nur minimale Erlössteige-

rungen entgegen, weil die Krankenhausbudgets nach der Entwicklung der Grundlohnrate festgeschrieben, das heißt gedeckelt seien. Die Bezahlung der Krankenhausleistungen richte sich nicht nach tatsächlichen Ausgaben der Krankenhäuser, sondern nach den Einnahmen der Krankenkassen in den Vorjahren. Um die wirtschaftliche Existenz der Krankenhäuser zu sichern, müsse die „Deckelung“ sofort aufgehoben werden. Bei den Kostensteigerungen fallen die Tarifentwicklung für ärztliches und pflegerisches Personal sowie zum Beispiel die erheblich höheren Energiekosten schwer ins Gewicht. Die kommunalen Krankenhäuser sind aufgrund der Vorreiterrolle des öffentlichen Dienstes bei den Tarifsteigerungen am stärksten von den Finanzierungsdefiziten betroffen. Die Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Krankenhäuser NRW hat sich jetzt in Düsseldorf unter dem Dach der drei kommunalen Spitzenverbände Städtetag NRW, Landkreistag NRW und Städte- und Gemeindebund NRW neu konstituiert.

<http://www.lkt-nrw.de/>

Freie Wähler: Budgets müssen angehoben werden: ESSLINGEN. Den Krankenhauspatienten drohen empfindliche Leistungseinschränkungen, wenn die den kommunalen Krankenhäusern entstehenden Kosten nicht durch eine Anhebung der Budgets aufgefangen werden können. Durch die gesetzlich vorgeschriebene Ausgabenbegrenzung von 0,64 % und den Sanierungsbeitrag von 0,5 % klafft die Schere zwischen Einnahmen und Aufwendungen immer weiter auseinander. Für 2009 errechnet man Personalkostensteigerungen von 4,3 %, dazu kommen noch die allgemeinen Kostenerhöhungen. Die Freien Wähler fordern Bund und Land auf, die Budgetdeckelung aufzuheben, um die Krankenhäuser handlungsfähig zu halten. „In den letzten Jahren kam bundesweit für rd. 200 kommunale Krankenhäuser das Aus, weitere Schließungen drohen, wenn jetzt nicht unverzüglich gegengesteuert wird“, beschreibt der Pressesprecher der Freien Wähler in der Region, Alfred Bachofer, die Lage. Vor allem den kleineren Häusern im ländlichen Raum, die zur Flächenversorgung unerlässlich sind, droht diese Gefahr. Vor dem Hintergrund der älterer werdenden Bevölkerung und der Schwierigkeit, Arztpraxen in weniger stark besiedelten Gegenden zu besetzen, ist die Grundversorgung durch Krankenhäuser elementar wichtig. Schon jetzt müssen einige Landkreise in der Region Stuttgart, und damit letzt-

lich die Städte und Gemeinden, ihre Krankenhäuser mit Millionenbeträgen über Wasser halten. Angesichts anderer wichtiger Ausgaben, etwa für Schulen und Kinderbetreuung, sind die Kommunalhaushalte dazu auf Dauer nicht in der Lage. Die Freien Wähler fordern die Landesregierung auf, beim Bund vorstellig zu werden, um eine Aufhebung der Budgetdeckelung und die Streichung des Sanierungsbeitrags zu erreichen. Aber auch das Land selbst ist in der Pflicht. In der Krankenhausförderung ist ein großer Antragsstau entstanden, der nach Auffassung der Freien Wähler nur durch eine Mittelaufstockung abgebaut werden kann.

http://www.freiewaehler.de/lkr_esslingen/

Finanzierung der Krankenhäuser neu regeln: KÖLN. Auf der Ratssitzung am 24. 6. wurde eine Resolution zur Krankenhausfinanzierung beschlossen. Darin wurden die Bundes- und die Landesregierung aufgefordert, „die Regelungen zur Krankenhausvergütung durch die Krankenkassen [...] zu korrigieren“. Darüber hinaus solle das Land die Finanzierung der Investitionskosten neu regeln. Dabei sollen Krankenhäuser künftig ausreichende Finanzmittel zum Unterhalt und der Sanierung ihrer Gebäude und Infrastruktur erhalten. Außerdem soll die Koppelung des Krankenhausbudgets

Sprecher der Fraktion Die Linke. Köln, bewertet das Ergebnis gemischt: „Die Linke hat der veränderten Resolution von SPD und Grüne zwar zugestimmt, weil sie die Deckelung des Krankenhausbudgets aufhebt. Wir sind aber skeptisch, ob der Mehrbedarf allein über höhere Entgelte gedeckt werden kann. Deswegen haben wir die Refinanzierung der Kostensteigerung allgemein gefordert. SPD und Grüne haben mit ihrem Ersetzungsantrag den Handlungsspielraum der Kliniken verkleinert.“ www.linksfraktion-koeln.de

Kundgebung „Fünf vor Zwölf“ am 2. Juli 2008 in Plön: KIEL. Unsere Krankenhäuser sind in Not – wir schlagen Alarm! (...) Die Krankenhäuser sorgen für das wichtigste Gut eines Menschen, die Gesundheit. Doch sie erhalten nicht genug, um ihre Ausgaben für neue medizinische Verfahren, Personal oder Arzneimittel zu decken. Darunter leiden Beschäftigte und Patienten. Weil Geld fehlt, arbeiten in den Krankenhäusern heute 100.000 Menschen weniger als vor zehn Jahren. Der Grund: Auf den Einnahmen der Krankenhäuser lastet ein Deckel, den die Bundesregierung vorgibt. Deshalb fordern wir, der Deckel muss weg! Krankenhäuser ordentlich finanzieren – investieren! Die Bedingungen für die Beschäftigten haben sich seit vielen Jahren verschlechtert. Enorme

und Bürger haben eine gute und existenzfähige Krankenversorgung verdient. Deshalb fordern wir von der Gesundheitsministerkonferenz am 2./3.Juli 2008 in Plön ein glasklares Zeichen und aktives Handeln. Kommt alle zur Demo „Der Deckel muss weg!“ am 2.7.2008, 11.55 Uhr auf dem Marktplatz in Plön. Für zukunftsfähige Krankenhäuser in Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern. (aus einem Flugblatt der Krankenhausgesellschaften S-H, M-V und Verdi) nach:

Linx 12/13 2008

Ende des Spardiktats für die Kliniken: BERLIN. Anlässlich der Auftaktpressekonferenz in Berlin stellt das Aktionsbündnis „Rettung der Krankenhäuser“ an Bundesregierung und Bundestag die Forderung, die Kliniken endlich vom politischen Spardiktat zu befreien und sie so schnell wie möglich aus eigener Kraft und mit geeigneten finanziellen Mitteln die notwendige und hochwertige medizinische Versorgung der Patienten sichern zu lassen. Die finanzielle Not der Krankenhäuser schweift die Organisationen und Verbände der Kliniken und ihrer Mitarbeiter im Aktionsbündnis „Rettung der Krankenhäuser“ zusammen. Der Zusammenschluss aus DKG, Verdi, Deutscher Städtetag, MB, BÄK, dbb, VKD, VKA und Deutscher Pflegerat schreibt in seinem gemeinsamen Aufruf:

„Wir fordern gemeinsam und mit Nachdruck von den politisch Verantwortlichen:

- Stoppt die Kürzungen
- Weg mit dem Deckel auf die Krankenhausbudgets
- Ausgleich für steigende Energie- und Sachkosten
- Gegenfinanzierung der Tariflohnsteigerungen
- Mehr Geld für Arbeitsplätze und Nachwuchssicherung.“

Das Aktionsbündnis „Rettung der Krankenhäuser“ fordert daher im Interesse einer hochwertigen medizinischen Patientenversorgung in Deutschland den Gesetzgeber dringend dazu auf, endlich seiner Verantwortung nach zu kommen und die Kliniken ausreichend zu finanzieren. „Bloße Lippenbekenntnisse helfen den Kliniken und ihren Patienten nicht weiter“, warnt das Aktionsbündnis in seinem gemeinsamen Aufruf. Nehmen die politischen Entscheidungsträger ihre Verantwortung für die Krankenhäuser nicht ausreichend wahr, kündigt das Aktionsbündnis „Rettung der Krankenhäuser“ für den 25. September 2009 eine Großdemonstration in Berlin an.

www.staedtetag.de
Zusammenstellung: ulj



„Den Deckel in Ulla's Mülltonne“ – Aktion von Verdi Baden-Württemberg

an die Grundlohnsummensteigerung aufgehoben werden. Nur so können die massiv gestiegenen Kosten für Personal, Energie und andere Bedarfe gegenfinanziert werden. Der Beschluss geht auf eine Initiative der Fraktion Die Linke. zurück und wurde aufgrund eines Änderungsantrages von SPD und Grüne getroffen. Ursprünglich hatte Die Linke. eine Resolution als Antrag eingebracht, der ebenfalls die Abkopplung zwischen Budget und Grundlohnsummensteigerung vorsah. Michael Kellner, sozialpolitischer

Arbeitsbelastungen und Arbeitsplatzabbau sind die Folge. Seit 1996 wurden 50.000 Pflegekräfte abgebaut und bis Ende 2008 droht ein erneuter Abbau von 15.000 Krankenpflegern. Eine Krankenschwester muss heute 25 % mehr Patienten versorgen als vor zehn Jahren. So kann es nicht weitergehen! Wir wollen eine zukunftsfähige Krankenhauslandschaft in Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern. Dazu gehören soziale Arbeitsbedingungen und gute Löhne für die Beschäftigten. Die Bürgerinnen

Kampf um ein Recht auf Altersteilzeit

Jahrelang hatte die öffentliche Hand den Generationenwechsel in den Konzernbetrieben durch Zuschüsse aus der Arbeitslosenversicherung gesponsert. Als die IG Metall in Baden-Württemberg nach Auslaufen entsprechender Gesetze eine tarifvertragliche Regelung suchte, stellten sich die Kapitalisten quer. Die Arbeitgeberseite ließ den so gut wie fertigen Vertrag, wie es heißt auf Intervention von Gesamtmetall, platzen.

Die Stimmung der Großen Tarifkommission nach den abgebrochenen Tarifverhandlungen für eine neue Altersteilzeit war eindeutig: Die Provokation der Arbeitgeber ist vollkommen inakzeptabel.

Zuversichtlich war die Verhandlungskommission der IG Metall in die siebte Verhandlungsrunde am 27. Juni in Böblingen gegangen. Eine Lösung im Konflikt mit den Arbeitgebern um eine neue Altersteilzeit schien zum Greifen nahe. Doch aus Zuversicht wurde schnell Unverständnis. Was nach sechs intensiven Verhandlungsrunden lösbar schien, wurde plötzlich von den Arbeitgebern torpediert und bereits erarbeitete Konzepte wurden völlig überraschend wieder vom Tisch genommen. So sollten plötzlich viele Betriebe nur noch eine Quote von maximal 2 Prozent haben (also pro 100 Be-

schäftigten könnten gerade mal zwei einen Altersteilzeitvertrag haben) und viele Beschäftigtengruppen wie z.B. Facharbeiter, kaufmännische Angestellte oder Ingenieure wären faktisch ausgeschlossen.

Entsprechend erbost zeigte sich auch IG Metall-Verhandlungsführer Jörg Hofmann im Anschluss: „Die Arbeitgeber haben aus heiterem Himmel eine Rolle rückwärts vollführt und die Tarifverhandlungen gezielt vor die Wand gefahren.“

Dass sich die Metallerinnen und Metaller solch ein Verhalten der Arbeitgeber nicht gefallen lassen, ist selbstverständlich. Entsprechend einmütig ist dann auch wenige Tage nach den abgebrochenen Verhandlungen das von Jörg Hofmann zusammengefasste Votum der Großen Tarifkommission ausgefallen.

Entschließung der Großen Tarifkommission vom 30. Juni 2008

„Provokation für Warnstreikende“

Südwestmetall hat in der 7. Verhandlungsrunde den Abbruch der Tarifverhandlungen zu einer neuen Altersteilzeit betrieben. Das ist eine Provokation gegenüber den über 200.000 Metallerinnen und Metallern in Baden-Württemberg, die in den letzten Wochen mit massiven Warnstreiks und Protestaktionen für einen neuen Tarifvertrag eingetreten sind. Der „Lösungsvorschlag“ von Südwestmetall würde willkürlich ganze Belegschaftsgruppen und eine Mehrheit der Betriebe von einem Anspruch auf Altersteilzeit ausschließen und auf eine Quote von 2 Prozent begrenzen. Die IG Metall wird keinen Abschluss akzeptieren, der nicht allen Beschäftigtengruppen in jedem Betrieb einen Zugang zur Altersteilzeit ermöglicht. Dabei sollen Beschäftigte mit Belastungen weiter den Vorrang haben.

Wir akzeptieren nicht, dass Arbeitgeber allein über den Anspruch auf Altersteilzeit entscheiden. Wir fordern die notwendigen Voraussetzungen, damit Betriebsräte wirkungsvoll bei der Ausgestaltung der Altersteilzeit mitbestimmen können. Dies ist Ziel unserer Forderung nach einer erzwingbaren Betriebsvereinbarung mit einem

Überforderungsschutz von 5 Prozent. Die Große Tarifkommission sieht das Konzept zentraler Verhandlungen, die in eine Region delegiert werden, in dieser Frage als gescheitert an. Die Große Tarifkommission hält an ihrer Forderung fest, vor Beginn der Entgeltrunde den Tarifvertrag „Neue Altersteilzeit“ durchzusetzen. Sie erwartet auch auf Grund der hervorragenden Warnstreikbeteiligung und erwiesenen Mobilisierungskraft des Bezirks vom Vorstand der IG Metall das Mandat, diese Verhandlungen regional zu Ende zu führen. Dies schließt eine Zusitzung auf Urabstimmung und Arbeitskampf ein, sollte bis zum Beginn der Entgeltrunde kein Ergebnis gefunden werden. Die Bezirksleitung wird aufgefordert, eine entsprechende Zeit- und Aktionsplanung einschließlich eines Arbeitskampfkonzepes zu erarbeiten. Dies schließt ein Konzept für aktive Mitgliederwerbung insbesondere in potenziellen Kampfbetrieben ein. Wir fordern Südwestmetall auf, die Provokation der 7. Verhandlungsrunde zurückzunehmen und den Weg für eine Lösung dieses Konflikts vor der Entgeltrunde zu ermöglichen.

<http://www.bw.igm.de/>

BDI für Beschwerdestellen.

FAZ, Die. 10.6.08. Der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) hat sich für die Einrichtung anonymer Beschwerdestellen in Betrieben ausgesprochen, bei denen Mitarbeiter Straftaten ihrer Vorgesetzten anzeigen können. Mit Bezug auf rechtswidrige Machenschaften bei Lidl, Telekom und Siemens sagte er: „In einigen deutschen Firmen gibt es diese Möglichkeit bereits, aber ich wünsche mir, dass mehr Unternehmen freiwillig so verfahren.“ Besonders bei Korruption machten solche Beschwerdestellen Sinn.

Zehn Strategien des BDI für das kommende Jahrzehnt:

FAZ, Die. 24.6.08.
1. Aufstieg durch Bildung als Rohstoff des Landes. Deshalb auf ... Wettbewerb und Eliten setzen. **2.** Arbeitsplätze durch Technologievorsprünge ... das verarbeitende Gewerbe als Zugmaschine für Innovationen ... **3.** Gesundheit durch Innovationen – den Gesundheitssektor von Überregulierung befreien ... mehr Wettbewerb der Krankenversicherungen ... **4.** Nachhaltigkeit durch Umweltschützende Technologien ... führende Rolle für umweltschonende Technologien ausbauen ... **5.** Klimaschutz, Energieversorgung ... durch ganzheitliche Konzepte ... **6.** Produktivitätsfortschritt durch Informations- und Kommunikationstechnologien ... das volle Potenzial bleibt ungenutzt, muss erschlossen werden. **7.** Mobilität durch erstklassige Infrastruktur: Voraussetzung für Mobilität und reibungslose Logistik ... **8.** Wettbewerbsfähige Steuer- und Haushaltspolitik ... weniger Staat ... **9.** Dynamik durch ... EU stiftet wirtschaftlichen Wohlstand, aber Lücke zu USA ist immer noch sehr groß. **10.** Wachstum durch Weltmarktfähigkeit – globaler Austausch von Waren und Kapital führt zu steigendem Wohlstand.

Unternehmerisches Handeln kann schon in der Grundschule geübt werden.

FAZ, Mi. 25.7.08. Im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (finanziert durch die Arbeitgeberverbände Metall- und Elektroindustrie) untersuchte die Hochschullehrerin S. Lässig mehr als 140 Lehrbücher aus Deutschland, Schweden und England und stellte fest: „Die in deutschen Schulbüchern abgebildete Arbeitswelt ist vor allem eine Welt der Arbeitnehmer, streckenweise des Handwerks, aber nur selten eine unternehmerische. ... Deutsche Schulbücher denken die Gesellschaft und tendenziell auch die Wirtschaft überwiegend vom Staat her. Die Generierung von Wohlstand wird weniger einzelnen Unternehmen oder der freien Wirtschaft, sondern eher dem Staat zugeschrieben.“

Zusammenstellung rst

„Das Land lieben, die Religion lieben, vereint im Fortschritt“

In der VR China ist Religionspolitik Einheitsfrontpolitik

Religionsfreiheit als Bestandteil von Naturrecht und menschlicher Würde war nie ein bestimmendes Element der Geschichte des Christentums, auch nicht nach der Reformation. Religionsfreiheit als Forderung und dann als Recht setzte sich erst durch, als Staaten anfingen, sich nicht mehr religiös zu definieren. Für Deutschland markiert diesen Zeitpunkt erstmalig im Jahre 1919 die Weimarer Verfassung mit der Feststellung in Artikel 137 „Es besteht keine Staatskirche“. Der Staat hat die Bedingungen herzustellen, unter denen die Bürger ihre jeweiligen Lebenskonzeptionen verwirklichen können. Wer diese geschichtliche Wahrheit vergisst, wirkt in der Begegnung mit Vertretern Chinas und in der Diskussion um die aktuelle Lage in Tibet schnell wie jemand, der sich nur besserwisserisch einmischen will.

Die Entwicklung seit der Kulturrevolution

In den zehn Jahren der Kulturrevolution von 1966 bis 1976 galt alle Religion in der Volksrepublik China (VR China) generell als „Opium des Volkes“. Tempel und Kirchen wurden in Kampagnen gegen bürgerliche Ideologie zerstört, religiöse Funktionsträger aus ihren Ämtern gejagt. Nach 1976

entstand allmählich in der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) und der Bevölkerung Chinas ein gesellschaftlicher Diskurs darüber, ob denn nun Religion nur Opium des Volkes sei, warum Religionen in der gegenwärtigen „sozialistischen Epoche“ weiter existierten, ja aufblühten, und ob nicht Religion in ihrer Vielfalt zum wesentlichen Bestandteil der Kultur eines Volkes gehörte.

Das Jahr 1978 wird von chinesischen Religionswissenschaftlern als Wendepunkt in der jüngeren Geschichte der Religionen in China betrachtet. In diesem Jahr hatte das 3. Plenum des 11. Zentralkomitees der KPCh den Beschluss zu einer Politik gefasst, die „ihren Bürgern die Freiheit gewährt, an eine Religion zu glauben“. Darauf hin wurde auch die bisherige Verfassung der VR China auf der Ersten Tagung des V. Nationalen Volkskongresses am 5. März 1978 im Artikel 46 geändert: „Die Bürger haben Religionsfreiheit sowie die Freiheit, sich zu keiner Religion zu bekennen und den Atheismus zu propagieren.“

Die Verfassung von 1982

Der letzte Halbsatz „... den Atheismus zu propagieren“ führte in der Folge-

zeit zu heftigen Protesten von Religionsvertretern. Denn, so berichteten sie, es traten oft Propagandisten, gestärkt durch dieses Verfassungsrecht, in Tempeln und kirchlichen Einrichtungen auf, kritisierten die Religion und machten damit einen normalen Gottesdienst praktisch unmöglich. Eine neue Verfassung, angenommen am 4. Dezember 1982 auf der 5. Tagung des V. Nationalen Volkskongresses – sie gilt bis heute –, nahm diese Kritik auf und änderte die Rechtslage. In Artikel 36 heißt es jetzt: „Die Bürger der Volksrepublik China genießen die Glaubensfreiheit. Kein Staatsorgan, keine gesellschaftliche Organisation und keine Einzelperson darf Bürger dazu zwingen, sich zu einer Religion zu bekennen oder nicht zu bekennen, noch dürfen sie jene Bürger benachteiligen, die sich zu einer Religion bekennen oder nicht bekennen. Der Staat schützt normale religiöse Tätigkeiten. Niemand darf eine Religion dazu benutzen, Aktivitäten durchzuführen, die die öffentliche Ordnung stören, die körperliche Gesundheit von Bürgern schädigen oder das Erziehungssystem des Staates beeinträchtigen. Die religiösen Organisationen und Angelegenheiten dürfen von keiner ausländischen Kraft beherrscht werden.“

Die Entwicklung dahin ist geprägt von intensiver wissenschaftlicher Arbeit zur Religionspolitik. Für die Jahre 1985 gab es z.B. einen Fünfjahresplan für Religionsforschung. Die Zeitschrift Shijie Zongjiao Yanjiu („Forschung zu den Weltreligionen“) ließ 1985 verlauten: „Die Redaktion möchte in Zukunft eine größere Vielfalt von Artikeln abdrucken, die sich wissenschaftlich mit dem Thema Religion in der sozialistischen Epoche befassen.“ Ziel war es dabei, eine theoretische Basis für Religionspolitik zu schaffen, aber auch mithilfe wissenschaftlicher Methoden Religion zu überwinden. Wenige Jahre später ist in dem Zongjiaoxue Tonglun (Abriss der Religionswissenschaften), Beijing 1989, von Lü Daji zu lesen: „Marx, Engels und Lenin haben zu ihren Zeiten durchaus kein geschlossenes religionswissenschaftliches System etabliert. Mit ihrer Religionstheorie lassen sich längst nicht alle Aspekte von Religion erfassen, und ihre Religionstheorie stellt nicht die letzte Wahrheit dar.“ Und der ehemalige Generalsekretär der KPCh, Jiang Zemin, wird in „China aktuell“ im Jahre 2001 mit den Worten zitiert: „Wenn wir uns an einzelnen Thesen und spezifischen Handlungsanweisungen, die von den Verfassern der marxistischen Klassiker für bestimmte Situationen und unter bestimmten historischen Bedingungen formuliert worden sind, trotz der Veränderungen der historischen Bedingungen und entgegen heutigen Realitäten dogmatisch festklammern, ▶



„Mao Zedong und der Dalai Lama in Beijing 1954: Für die VR China war die Politik der Einheitsfront auch in der Religionsfrage immer ausschlaggebend.“

» so werden wir Schwierigkeiten haben, zügig voranzuschreiten, und wir werden vielleicht sogar Fehler begehen.“

Normale religiöse Aktivitäten sind erlaubt

Zuständig für die Politik gegenüber den verschiedenen Religionsgemeinschaften in der VR China sind die „Einheitsfrontabteilungen der KPCh“, das Büro für „Religiöse Angelegenheiten beim Staatsrat“ und die „Religionskomitees der Politischen Konsultativkonferenz des Volkes“. Das Parteidokument Nr. 19 mit dem Titel: „Die grundlegende Sicht und Politik in der Religionsfrage während der sozialistischen Periode unseres Landes“ liefert dabei bis heute die Richtschnur. Es wurde auf Initiative des damaligen Generalsekretärs der KPCh Hua Yaobang 1982 vom Zentralkomitee der KPCh beschlossen und klärt die praktische Seite der Religionspolitik Chinas.

In dem Dokument wird festgehalten: Religionsgemeinschaften in der VR China müssen staatlich registriert sein. Dazu müssen sie bestimmte Bedingungen hinsichtlich Sitz, Mitgliederzahl, Verfassung, Satzung und Einnahmequelle erfüllen. Anerkannt sind fünf Religionen: Buddhismus, Daoismus, Islam, Katholizismus und Protestantismus. Diese beiden christlichen werden als jeweils eigene Religion angesehen. Denn Katholiken und Protestanten benennen ihren „Gott“ in der chinesischen Sprache unterschiedlich. Auf katholisch heißt Gott „Tian Fu“ = Himmlicher Vater; auf evangelisch „Shang Di“ = Höchster Herr. Das ist bedingt durch unterschiedliche Bibelübersetzungen katholischer und evangelischer Missionare; für einen konfuzianisch geschulten Blick ist das ein klarer Fall von zwei Religionen. Alle fünf Religionsgemeinschaften haben eigene nationale Zusammenschlüsse, die ihre Angelegenheiten selbstständig regeln und sich vor allem selbst finanzieren.

Langfristig gesehen, so steht es im Parteidokument Nr. 19, sei es eine Hauptaufgabe von Partei und Regierung, die Politik der Freiheit, an eine Religion zu glauben, zu verwirklichen. Auf der anderen Seite ist es den Religionsvertretern nicht erlaubt, sich in administrative oder rechtliche Angelegenheiten des Staates und in die schulische Erziehung oder öffentliche Bildung einzumischen. Es bleibt absolut verboten, Menschen unter achtzehn Jahren zu zwingen, Mitglied einer Kirche, buddhistischer Mönch oder Nonne zu werden. Damit ist auch die christliche Taufe von Kindern nicht erlaubt.

Es müsse in jeder ethnisch-religiösen Gruppe die patriotische politische Bindung konsolidiert und ausgeweitet werden. Besonders für die Amtsträger gilt: Die Partei muss sie unnachgiebig,

aber doch geduldig in ihrer Erziehung zum Patriotismus fördern. Die sozialistische Erziehung in diesen Gruppen muss verstärkt werden. Bei Katholiken und Protestanten müsse besonders auf die Erziehung zur Unabhängigkeit der Kirchen von ausländischen Institutionen und Finanzquellen geachtet werden. Internationale Kontakte der chinesischen Religionsvertreter sind erlaubt, aber es gilt „wachsam zu sein“, denn „im Ausland gibt es reaktionäre religiöse Gruppen, vor allem die imperialistischen, Vatikan und ausländische protestantische Missionsgesellschaften inbegriﬀen, die jede Gelegenheit nutzen, um auf das chinesische Festland zurückzukehren und China zu infiltrieren.“

Religion wird in diesem Partei-Dokument als historisches Phänomen betrachtet, das „schließlich aus der Menschheitsgeschichte verschwinden wird, doch erst unter der Bedingung einer langfristigen Entwicklung vom Sozialismus zum Kommunismus und wenn alle objektiven Bedingungen dafür gegeben sind“. Natürlich, so heißt es weiter, sind Kommunisten Atheisten und sollten den Atheismus propagieren. Doch zugleich müsse man begreifen, dass es „sinnlos und schädlich ist, einfach Zwang auszuüben im Umgang mit ideologischen und geistigen Fragen des Volkes“. Solange es sich bei religiösen Betätigungen um „normale religiöse Aktivitäten“ handle, dürfen sie nicht verboten werden.

Religionspolitik ist Teil der Einheitsfrontpolitik

Die Politik der Einheitsfront ist eine der Grundlagen des Erfolges der chinesischen Revolution. Mao Zedong bezeichnete 1949 Einheitsfront, Rote Armee und Marxismus-Leninismus als die „Geheimwaffe“ der KPCh. An die Strategie der Einheitsfront knüpft ab 1978 die Kommunistische Partei bewusst wieder an.

Viele führende Religionsvertreter stimmen diesem Grundsatz zu. So auch Bischof Ting, viele Jahre in Personalunion Vorsitzender des Nationalen Christenrates und der Nationalen-Drei-Selbst-Bewegung, der bereits 1981 äußerte, dass die Christen in China durchaus die Freiheit hätten, die Religionssicht der KPCh abzulehnen. Gegen die Einheitsfrontpolitik zu sein mache keinen Sinn. 1987 sagt er: „In unserem Land wird Religion hauptsächlich als Frage der Einheitsfront behandelt und nicht als ideologisches Problem, bei dem es um Alles oder Nichts geht. Die Hauptaufgabe der Einheitsfrontarbeit ist es nicht, Gläubige zu Atheisten zu machen, Religion zu bekämpfen oder auszurotten, sondern – bei gleichzeitiger Anerkennung von Unterschieden – nach einer gemeinsamen Basis zu suchen. Christen in

China bezeugen Christus, aber sie stehen an der Seite ihres Volkes.“ Und 2000: „Die Religionsgemeinschaften haben inzwischen einen recht gesunden Weg eingeschlagen, der mit dem sozialistischen neuen China kompatibel ist.“

In der Zeitschrift Tianfeng (Himmelswind) erläutert 2002 Ji Jianhong, ein hochrangiger Vertreter des protestantischen Christentums dies genauer: „Patriotismus bedeutet ... Unterstützung des gesellschaftlichen Systems unseres Landes ...“ Die Bedingungen des Bündnisses der Einheitsfront sind: „Aufbau der ‚Vier Modernisierungen‘ in Landwirtschaft, Industrie, Landesverteidigung und Wissenschaft; Einheit des Vaterlandes; Widerstand gegen Infiltration und Umsturz durch feindliche Kräfte im In- und Ausland“.

Den Empfangsraum des theologischen Seminars der staatlich anerkannten protestantischen Kirche Chinas in Nanjing zierte daher folgerichtig neben religiösen Bildern eine Kalligraphie, die der frühere Staats- und Parteichef Jiang Zemin gezeichnet hat: „Das Land lieben, die Religion lieben, vereint im Fortschritt“.

Registriert oder nicht

Insgesamt zählte ein KPCh-Dokument im Jahre 2000 etwa 220 Millionen Religionsanhänger in China: 150 Millionen Buddhisten, 11 Millionen Muslime, 5,5 Millionen Daoisten und 3,2 Millionen Katholiken und 25 Millionen Protestanten. Im Blick auf die Gesamtbewohner von 1,3 Mrd. sind das etwa 17%. Dabei handelt es sich immer nur um die staatlich anerkannten, „registrierten“ Religionsgemeinschaften. Das katholische China-Zentrum in St. Augustin spricht von rund 12 Millionen Katholiken.

Auch die KPCh weiß, dass es neben den offiziell anerkannten religiösen Institutionen auch zahlreiche Gruppierungen im Untergrund gibt, die sich nicht registrieren lassen wollen. Die nicht registrierten evangelischen „Hauskirchen“ und katholischen „Untergrundkirchen“ verfügen wahrscheinlich insgesamt über mindestens ebenso viele Anhänger wie die registrierten Kirchen. Deshalb ist es kaum möglich, so eine Dokumentation der Evangelischen Kirche in Deutschland 2003, zuverlässige Zahlen für die in so genannten „Hauskirchen“ organisierten Christen zu ermitteln. Außerdem gibt es eine Vielzahl spirituell-religiöser Bewegungen, wie die Falungong, oder die von Missionsgesellschaften in den USA kräftig finanzierten evangelikalen protestantischen Erweckungsbewegungen.

Damit wird bereits deutlich, bei welchen Themen Konflikte in der chinesischen Gesellschaft zwischen den Anhängern von Religionsgemeinschaften

und Partei und Regierung ins Haus stehen.

Konfliktlinien: Patriotismus, Erziehung und Intervention vom Ausland

Teilweise entscheiden sich die religiösen Gruppen selbst gegen eine Registrierung, sie lehnen bewusst den eingeforderten Patriotismus ab, weil sie stramm antikommunistisch orientiert sind. Sie arbeiten konspirativ und laufen damit natürlich Gefahr, in den Augen von KPCh und Regierung sich außerhalb der Politik der Einheitsfront zu stellen. Hier liegt auch aktuell der Konfliktpunkt mit dem universellen Anspruch des Papstes, über alle Katholiken der Welt zu bestimmen.

Nehmen wir die Tradition buddhistischer Bauernfamilien, für die es selbstverständlicher Brauch war, mindestens ein Kind bereits als Baby in das Kloster zu bringen. Lamas und Mönche redeten ihnen gut zu und versprechen Minde rung dies- und jenseitigen Leidens. Diese Kinder waren bei den Mönchen obendrein lebenslang versorgt und konnten sich etwas Bildung aneignen. Sie brauchten nicht hart zu arbeiten, sondern lebten prinzipiell vom Reichtum des Klosters und vom öffentlichen Betteln. Diesem Bildungswesen hat die Chinesische Politik ein Ende gesetzt. Dass moderne staatlich verordnete Schulpflicht und alte religiöse Bildung hier hart aneinander geraten, wen wundert es?

Der zurzeit schärfste Konflikt hat sich gegenüber dem tibetischen Buddhismus entwickelt. Da mag der Dalai Lama noch so sehr lächelnd die „Gewalt beider Seiten“ verurteilen. Kann man seinem zur Schau getragenen Patriotismus trauen? Will er wirklich die Einheit Chinas wahren und Tibet als autonomes Land bei der VR China belassen? Wer seine Beziehungen zu den westlichen Ländern kennt und von den neu-kolonialen Interessen des Westens weiß, darf dies bezweifeln.

Seine exilibetische Regierung in Indien schlägt da noch ganz andere Töne an als er. Alle Lösungsvorschläge dieser buddhistischen Separatisten zielen darauf ab, nicht nur mehr Autonomie für Tibet, sondern die Unabhängigkeit des Landes zu erreichen. Dabei träumen sie, für ein „Großtibet“ Teile der Provinzen Qinghai, Gansu, Sichuan und Yunnan hinzugewinnen. Mehr als ein Viertel des chinesischen Staatsgebiets! In diesen Fragen der Einheit des Landes kann Peking natürlich keine Kompromisse machen. Zumal dann neue Unabhängigkeitsverfechter in dem autonomen Uigurischen Gebiet Xinjiang, Chinas nordwestlichster Provinz, und Taiwan sich zu Wort melden könnten. *Karl-Helmut Lechner*

Quelle: Monika Gänßbauer: „Parteistaat und Protestantische Kirche; Religionspolitik im nachmaoistischen China“, Frankfurt 2004

Bayern: Landtagswahlkampf zum Schwerpunkt der Faschisten erkoren

Über ein rls-Werkstattgespräch* mit dem AIDA-Archiv berichtet Johannes Kakoures

Zum mittlerweile 7. Werkstattgespräch des Kurt-Eisner-Vereins hatte dieser am 3. Juni zwei Referenten einer der verdienstvollsten Initiativen in München eingeladen. Markus und Tobias von der antifaschistischen Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München e.V., besser unter der Abkürzung aida-archiv bekannt, sollten ihre Arbeit und aktuelle Tendenzen in der extremen Rechten in Bayern darstellen.

aida-Archiv – Der Verein

Angesichts der Leistungen, die das aida-archiv für die antifaschistische Arbeit bislang erbracht hat, fiel die Selbstvorstellung ungewöhnlich bescheiden aus. Sie erfolgte durch einen fünfminütigen Film, der anlässlich der Verleihung des Preises „Münchner Lichtblicke“ gedreht wurde. Der Preis wird vom Verein Lichterkette e.V., dem Münchner Ausländerbeirat und der Landeshauptstadt alljährlich für besondere Verdienste um ein friedliches Zusammenleben in der Stadt verliehen.

Gegründet 1990 im Zuge des sich im Zusammenhang mit der Wende anbahnenden Wiederstarkens faschistischen Gedankengutes, sieht es der Verein v.a. als seine Aufgabe an, Hintergrundinformationen zu den agierenden Personen, Organisationen und Entwicklungen am rechten Rand zu recherchieren und dokumentieren. Hierfür sei die Mithilfe jedes Einzelnen notwendig. Auch scheinbar unbedeutende Dokumente, wie ein Nazi-Aufkleber, könnten helfen, neue Tendenzen in der rechtsextremen Theorie und Propaganda zu erkennen. So sei es nur durch Informationen einzelner Bürger gelungen, einer Naziband deren Übungsräum in München-Allach zu entziehen. Die gewonnenen Informationen werden Schulinitiativen, Jugendinstitutionen und sonstigen Multiplikatoren zur Verfügung gestellt. Besondere Aufmerksamkeit erlangte diese Tätigkeit im Zusammenhang mit dem geplanten Bombenanschlag auf

die Eröffnungsfeier des Neubaus der Münchner Synagoge, der damals bundesweit durch die Schlagzeilen ging. Hier sei es gelungen, die Presse mit Bildmaterial und Hintergrundwissen zu versorgen.

Bayerische Zustände – Unangenehme wissenschaftliche Studien

Wie wichtig die Arbeit des Archivs ist, wurde in dem folgenden, mit Bildmaterial und Originaldokumenten untermauerten Referat deutlich, das die Planungen der NPD zum bevorstehenden Landtagswahlkampfskizzierte. Im Gegensatz zu den vorangegangenen Wahlkämpfen in Hessen und Niedersachsen, für die die NPD jeweils nur wenige Tausend Euro zur Verfügung stellte, sieht sie in Bayern eine reale Chance, in den Landtag einzuziehen. Sie hat daher Bayern zum Schwerpunktwahlkampf erklärt. Ihre Hoffnung kann die NPD dabei nicht nur historisch begründen, schließlich gelang ihr hier bereits 1966 mit einem Wahlergebnis von 7,4% und dem damit erreichten Einzug eins der besten und mittlerweile fast in Vergessenheit geratenen Ergebnisse der faschistischen Bewegung in der alten BRD. Auch neuere, beunruhigende Studien belegen wissenschaftlich, dass rechtsextremes Gedankengut in Bayern auf besonders gut gedüngten Boden fällt. Sowohl die im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung erarbeitete und unter dem Titel „Vom Rand zur Mitte“ publizierte Arbeit von Oliver Decker und Elmar Brähler wie auch das im Suhrkamp-Verlag in der Reihe „Deutsche Zustände“ veröffentlichte Werk von Wilhelm Heitmeyer stellen eine unerwartet hohe Zustimmung zu typisch rechtsextremen Aussagen fest. Bundesweit findet etwa die Behauptung „Es leben zu viele Ausländer in Deutschland“ eine Akzeptanz von ca. 60%.

Für Bayern ist insbesondere die Häufung von Menschen mit geschlossenem rechtsextremem Weltbild bemerkenswert. Damit ein solches angenommen wurde, mussten die Teilnehmer an ▶

* Im November vorigen Jahres startete diese neue Veranstaltungsreihe in München. In loser Folge werden verschiedenste politische Themen mit kompetenten Referentinnen und Referenten aufgerufen. Veranstalter ist das Regionalbüro München der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Mehr dazu auf der Webseite des Kurt-Eisner-Vereins – Rosa-Luxemburg-Stiftung in Bayern www.kurt-eisner.de

► einer der Studien bei allen Indikatoren, worunter etwa auch das Bedürfnis nach einer starken politischen Führerfigur fiel, jeweils den Höchstwert erreicht haben.

Da die Befragungen in Form von Interviews durchgeführt wurden, konnte die Herkunft der Beteiligten ermittelt werden, wobei 800 Befragte aus Bayern kamen. Für sämtliche Bundesländer wurde auf eine repräsentative Auswahl geachtet, so dass mit der Zahl von 14,3% Befragten mit geschlossen rechtsextremen Weltbild in Bayern gegenüber 8,6% im Bundesgebiet ein tatsächliches Gefälle als erwiesen gelten kann. Lediglich einige ostsächsische Provinzen erzielten vergleichbare Ergebnisse.

Ein Unterschied zu rechtsextremistischen Einstellungen im Osten, die wesentlich durch Fremdenfeindlichkeit und Rassismus geprägt seien, liege jedoch in dem in Bayern deutlich stärker vorhandenen Antisemitismus. Es sei daher damit zu rechnen, dass die NPD hier einen Schwerpunkt auf anti-jüdische Hetze legen werde. Ansätze hierfür bestehen in der seit geraumer Zeit zu beobachtenden antiisraelischen Bezugnahme auf die Konflikte im Nahen Osten, etwa durch das Mitführen palästinensischer Fahnen auf Nazi-Demos, wie auch im Aufrechterhalten und Entwickeln typisch antisemitischer Verschwörungstheorien. So wurde etwa verbreitet, der Anschlag auf den Synagogenbau in München sei durch den damaligen Innenminister Beckstein selbst geplant worden, um von anderen Problemen abzulenken.

Der positive Bezug auf arabische Bewegungen, der auch in einer plakativen Unterstützung des iranischen Staatschefs Ahmadinedschad aufgrund dessen Holocaust-Leugnung und atomaren Bedrohung Israels zum Ausdruck kommt, wird die Nazis jedoch nicht hindern, auch weiterhin antiislamische Ressentiments zu nutzen und zu fördern. So wurden Flugblätter gegen den Moscheebau in München-Sendling mit Ausnahme des Ortsnamens unverändert bei vergleichbaren Projekten in Baden-Württemberg verwendet.

NPD sieht Zerfall des etablierten Parteiensystems als Chance

Bei Betrachtung der Studien fällt auf, dass bisherige Wahlergebnisse rechtsextremistischer Parteien das tatsächlich vorhandene Potential, von Ausnahmen abgesehen, nie ausschöpfen konnten. Ein weiterer Grund für die NPD, gerade in Bayern Hoffnung zu schöpfen, liegt daher darin, dass sie in der vermeintlichen Krise der CSU eine Chance für sich wittert. Die CSU,



Eine a.i.d.a.-Informationsveranstaltung über die Pläne der NPD bei der Landtagswahl, die am 13. Juni 2008 im Kafe Marat stattfand, hatte die Münchner Neonaziszen zum Anlass genommen, zu einer Hetzkundgebung gegen das a.i.d.a.-Archiv aufzurufen. Die so genannten „Freien Nationalisten München“ um Mike Nwaiser und Philipp Hasselbach wollten die Neonazis für Freitag 13.6. von 20 bis 22 Uhr vor das Kafe Marat im ehemaligen Tröpferbad mobilisieren. Durch Bescheid des Kreisverwaltungsreferates wurde die NPD-Veranstaltung auf den einige hundert Meter entfernten Goetheplatz verlegt. Am Freitag versammelten sich vor dem Kafe Marat ungefähr 300 überwiegend junge Leute zur antifaschistischen Solidaritätskundgebung. Viele von ihnen zogen später zum Goetheplatz, um Gegenöffentlichkeit zu der Hetzkundgebung der NPD (laut Polizeibericht ca. 100) zu schaffen. Für die LINKE Stadtratsgruppe sprach Brigitte Wolf, hier im Bild mit der Moderatorin der Kundgebung.

der es bislang schließlich immer gelungen ist, äußerst rechte Potentiale zu binden, hat der NPD jedoch nicht nur durch eigene Zerfallsprozesse Auftrieb gegeben. Ihre rassistische Kampagne im Kommunalwahlkampf, in welcher sie den Angriff zweier Jugendlicher auf einen Rentner in der Münchner U-Bahn zur Stimmungsmache gegen Ausländer nutzte und den Startschuss für eine vergleichbare Hetze Roland Kochs in Hessen gab, hat den Einzug einer NPD-Tarnliste in den Münchner Stadtrat erst ermöglicht. Durch diese Kampagne wurden verdeckte Ressentiments hoffnig gemacht und die Unterschrift für die Faschisten von der Autorität der staatstragenden Partei in Bayern gedeckt. Der Kommunalwahlkampf der Rechtsextremen lehnte sich an die vorgegebene Stimmung durch einen ausgesprochen aggressiv-fremdenfeindlichen Wahlkampf an. So wurde auf Plakaten offen mit der Parole „Kriminelle Ausländer raus“ vor dem Hintergrund einer Gruppe ausländischer

Jugendlicher geworben.

Dass eben dies erfolgreich war, veranlasst die NPD, diesen Stil auch im Landtagswahlkampf fortzusetzen, so dass mit einer unverblümten vorgetragenen ausländerfeindlichen Hetze zu rechnen ist. Dafür spricht auch, dass der, durch diesen aggressiven Wahlkampf in den Stadtrat geschwippte Karl Richter, als Spitzenkandidat zumindest für Oberbayern vorgesehen ist.

Allerdings zeigen die Studien sehr deutlich, dass nicht nur das konservative Lager Potential für die Faschisten bereit hält. Vielmehr verteilen sich die Werte rechtsextremer Positionen fast gleichmäßig über die Wähler aller Parteien. Lediglich die Grünen verzeichneten bundesweit einen unterdurchschnittlichen Wert, für Bayern gilt dies für die FDP. Als besondere Herausforderungen wird von den Nazis der Erfolg der Partei Die LINKE gesehen, wobei sie davon ausgeht, dass es in den Überzeugungen der Wähler Berührungs punkte gibt. Mit bereits gedrucktem Infomaterial der NPD konnte gezeigt werden, dass die NPD mit sozialen Forderungen gezielt auch von der LINKE Stimmen abwerben will. Ist die Parole „Sozial geht nur national“ als solche noch recht eindeutig zu identifizieren, dürfte manchem bei Forderungen nach Abschaffung der Leiharbeit eine Unterscheidung schwer fallen. Daneben ist auch mit Versuchen zu rechnen, die Friedensfrage in nationalistischer Hinsicht umzudrehen und durch antiamerikanische Propaganda Schnittpunkte herzustellen. So gab es bei den Nazis u.a. Diskussionen, sich am Erdinger Friedensmarsch zu beteiligen,

sowie Versuche, sich in die Bewegung gegen den Truppenübungsplatz in Grafenwöhr einzureihen, wobei durch die Forderung „fremde Truppen raus“ der Zusammenhang zur faschistischen Ideologie gebildet wird. Ein weiterer Anknüpfungspunkt findet sich, fast schon traditionell, in der Globalisierungskritik. Hier hat die NPD mit dem Slogan „Global dient dem Kapital“, eine geschickte Formulierung gefunden. Besonders beunruhigend in diesem Zusammenhang sind Planungen der NPD, auf eigene Veranstaltungen weitgehend zu verzichten und ihre Akteure auf Veranstaltungen der politischen Gegner zu schicken. Ob alle KandidatInnen, auch die der LINKEN, theoretisch und praktisch hinreichend ausgebildet sind, um derartige Angriffe früh zu erkennen und abwehren zu können, darf an dieser Stelle bezweifelt werden. Jedenfalls stellt das Aida-Archiv auf seiner Webseite einen Leitfaden zum Umgang mit rechtsextremistischen Provokateuren zur Verfügung.

Praktisch gut aufgestellt

Neben den geschilderten guten ideo-logischen Bedingungen ist die NPD in Bayern leider wohl auch praktisch gut aufgestellt. So bildet Bayern den größten Landesverband innerhalb der Partei. Es ist der NPD problemlos gelungen, in allen 91 Wahlkreisen Direktkandidaten aufzustellen. Kämpfe zwischen der Partei und den sich im Umfeld bewegenden freien Kameradschaften, wie sie aus anderen Bundesländern bekannt sind, gibt es so gut wie gar nicht, und auch finanziell steht der Landesverband im Gegensatz zu anderen gesichert da. Lediglich die vor allem aus den östlichen Bundesländern bekannte Taktik, sich durch Kinder- und Familienfeste einen bürgerlichen Anstrich zu geben, steckt in Bayern noch in den Kinderschuhen, auch wenn Ansätze vorhanden sind.

Kein Geheimnis ist, dass es den Nazis auch gelungen ist, sich hinsichtlich ihres Erscheinungsbildes zu flexibilisieren. Auch in Bayern sind Nazi-Skinheads mittlerweile die Ausnahme. Vielmehr kopieren die Kameradschaften Elemente der Jugendkultur, wie sie von linken Autonomen geprägt wurden. So lassen sich bei Nazi-Aufmärschen nicht nur schwarze Kapuzenpullis, sondern auch Che-T-Shirts finden. Allgemein ist zu beobachten, dass die Nazis in ihr Auftreten aufnehmen, was nur irgendwie werbend wirkt. Mittlerweile gibt es nicht nur herkömmliche Schmierereien an den Wänden, vielmehr wird auch die Graffiti-Kultur vereinnahmt.

Persönliche Einschüchterung als politische Strategie

Wie sehr die NPD sich in die Tradition des historischen Nationalsozialismus stellt, wird nicht nur an der Verwendung des Begriffs „nationaler Sozialismus“ auf T-Shirts und Transparenten deutlich, sondern auch in der historisch überkommenen Taktik der persönlichen Einschüchterung und des direkten Angriffs auf politische Gegner. So wurde eine Kundgebung abgehalten, die sich gegen die Person des Münchner Vorsitzenden des Kreisjugendrings richtete. Kann man diese noch als Misserfolg bezeichnen, da sie mit geringer Beteiligung und weitgehend ohne äußere Wahrnehmung ablief, steht nun Anderes zu befürchten. Für den 13.06. kündigte die NPD eine Kundgebung gegen eine Veranstaltung des aida-archivs im Kafe Marat unter dem Slogan „aida-Archiv verbieten“, an um damit gleichzeitig zwei Institutionen fortschrittlicher Selbstorganisation anzugreifen (siehe auch Bild auf Seite 20).

Nicht nur aus diesem Anlass verdient das aida-archiv die vollste Unterstützung jeder Demokratin und jedes Demokraten.

Internationaler Afghanistan-Kongress

Hannover. Mit einem Aufruf zu Demonstrationen, Mahnwachen, Informationsveranstaltungen und Gesprächen mit Bundestagsabgeordneten, ist am Sonntag der Internationale Afghanistan-Kongresses der deutschen Friedensbewegung in Hannover zu Ende gegangen. Die Teilnehmer riefen für den 20. September zu einer bundesweiten Demonstration nach Berlin und Stuttgart auf. Zugleich zeichnete sich die Perspektive einer verstärkten Zusammenarbeit mit Gewerkschaften und Kirchen ab.

Mehr als 400 Teilnehmer hatten zuvor einer Vielzahl von Vorträgen deutscher und internationaler Referenten gelauscht und in zahlreichen Foren über die unterschiedlichsten Aspekte des Afghanistan-Konfliktes und Möglichkeiten friedlicher Lösungen diskutiert.

Die Gäste aus Afghanistan hatten in ihren Beiträgen ausdrücklich darauf hingewiesen, dass eine weitere Stationierung ausländischer Truppen nicht im Interesse des afghanischen Volkes ist. Die Vertreter der deutschen Friedensbewegung stellten daher in

den Mittelpunkt ihrer Überlegungen, wie Bundesregierung und Parlament dazu gebracht werden können, der deutlichen Ablehnung des Afghanistan-einsatzes durch die Bevölkerung zu entsprechen und der Verlängerung der Bundeswehrmandate nicht zuzustimmen.

Organisationen der Friedensbewegung aus 12 Ländern nahmen den Kongress in Hannover zum Anlass, ein internationales Netzwerk für Frieden in Afghanistan zu gründen. Ihre gemeinsame Hauptforderung ist der Abzug aller ausländischen Truppen ➤

Herbstaktionen der Friedensbewegung: Dem Frieden eine Chance. Truppen raus aus Afghanistan. Aufruf des Internationalen Afghanistan-Kongresses in Hannover

Mit dem sieben Jahre andauernden Krieg in Afghanistan wurde keines der vorgeblichen Ziele erreicht. Im Gegenteil: Gewalt, Terror und Drogenhandel prägen den Alltag. In den meisten Regionen Afghanistans herrschen Warlords und Drogenbarone. Die Bevölkerung lebt in ständiger Angst und unter unwürdigen sozialen Bedingungen. Menschenrechte werden weiterhin mit Füßen getreten. Die Alphabetisierungsrate ist seit dem Einmarsch gesunken. Täglich sterben in Afghanistan 600 Kinder unter fünf Jahren. Alle 29 Minuten stirbt eine Frau bei der Geburt ihres Kindes. Die durchschnittliche Lebenserwartung ging zurück.

Für uns ist Deutschlands Beteiligung an diesem grausamen Krieg nicht akzeptabel. Die Besatzung, die gegenwärtige massive Kriegsführung sowie die vorgesehene Verstärkung der US-Armee und der Bundeswehr drohen den Krieg zu verlängern und das Land weiter zu destabilisieren. Deutschland würde noch enger in die Kriegsführungsstrategie der NATO und damit der USA verstrickt. Diese zielt ab auf die Neuordnung des Nahen und Mittleren Ostens und Zentralasiens zur Durchsetzung machtpolitischer und wirtschaftlicher Interessen.

Obwohl die Bundesregierung die zivile Wiederaufbauhilfe zu ihrem Schwerpunkt für Afghanistan erklärt hat, wird für den Krieg ein Vielfaches der Mittel ausgegeben, die für den zivilen Wiederaufbau zur Verfügung gestellt werden. Der Verdacht liegt

nahe, dass die „zivile Komponente“ des Bundeswehreinsatzes zur Rechtfertigung des Krieges instrumentalisiert wird.

Wiederaufbau, Demokratie und eine soziale Entwicklung können erst gelingen, wenn der Krieg beendet und die fremden Truppen abgezogen sind. Die frei werdenden Mittel müssen für humanitäre Arbeit zur Verbesserung der Lebensbedingungen genutzt werden.

Wir fordern von den Abgeordneten des Deutschen Bundestages, keiner Verlängerung oder Erweiterung des Bundeswehreinsatzes in Afghanistan zuzustimmen. Hören Sie auf, den Friedenswillen der Bürgerinnen und Bürger weiter zu mißachten! Wir unterstützen alle Soldatinnen und Soldaten, die von ihrem Grundrecht auf Verweigerung des Kriegseinsatzes Gebrauch machen.

Der Abzug der Bundeswehr würde die USA und andere Kriegsparteien unter Druck setzen, ihre Truppen ebenfalls abzuziehen. Dadurch erhielte der Frieden eine echte Chance.

Wir wollen Frieden für Afghanistan. Dafür rufen wir in den nächsten Wochen und Monaten zu vielfältigen örtlichen und regionalen Aktionen auf: Zu Demonstrationen, Mahnwachen, Diskussionsrunden, Informationsveranstaltungen, Gesprächen mit Abgeordneten, Flugblattaktionen und Zeitungsanzeigen. Für den 20. September 2008 rufen wir zur bundesweiten Demonstration nach Berlin und Stuttgart auf.

Hannover, 8. Juni 2008

Internationale Vereinbarung zum 60. Jahrestag der NATO

Wir, die internationalen TeilnehmerInnen aus 10 Ländern, haben uns am Rande des Afghanistan-Kongresses in Hannover getroffen, um die Gegenaktivitäten zum 60. Jahrestag der NATO zu diskutieren. Dieser Jahrestag wird im Mai 2009 in Straßburg und Kehl gefeiert.

Wir haben folgende Verabredung getroffen:

60 Jahre NATO sind genug. Die NATO treibt den globalen Krieg gegen den Terror an. Die NATO steht für das Raketenabwehrschilde, Militärbasen in der ganzen Welt, Nuklearwaffen, Militäreinsätze und Militärausgaben. Die NATO steht in Konkurrenz zur UNO und zum Völkerrecht und ist mehr und mehr verwoben mit der europäischen Sicherheits- und Militarisierungspolitik.

Aber die NATO ist nicht allmächtig, sie ist unter extremen Druck in Afghanistan.

Wir rufen dazu auf, Diskussionen in den nationalen und internationalen Friedensbewegungen anzustoßen, um große Aktionen aus Anlass des 60. Jahrestages aufzubauen. Wir wollen unsere Informationen weit streuen, damit mehr Initiativen sich in eine große Koalition für den 60. Jahrestag einbringen. Wie ermutigen speziell Bewegungen und Initiativen aus Osteuropa, dem Balkan und anderen Regionen sich zu beteiligen. Unter einem gemeinsamen Dach sollen fantasievolle Aktionen wie Gegengipfel,

Demonstrationen, Camps, Festivals und anderes vorbereitet werden. Wir brauchen einen demokratischen Vorbereitungsprozess. Wir werden eine breite internationale Zusammenarbeit schaffen, die die unterschiedlichen sozialen und ökologischen Bewegungen weltweit einbezieht und so unsere (unterschiedlichen) Gründe gegen die NATO zum Ausdruck bringt.

Wir setzen diese Diskussionen auf Treffen in Brüssel, Paris und unseren Veranstaltungen auf dem ESF in Malmö fort, um mehr Menschen in diese Aktionen einzubeziehen. Wir bitten die Friedensbewegung in den unterschiedlichen Ländern, auf eigenen Treffen den Gipfel vorzubereiten. Wir geben diese Informationen auch an jene weiter, die heute nicht hier sind. Wir beginnen mit der Diskussion für einen Internationale Aktionskonferenz Herbst. Wir bitten die unterschiedlichen Bewegungen, sich an solch einer Konferenz im Oktober 2008 in Frankreich oder Deutschland zu beteiligen. Hannover, 7.6.2008

Zur Vorbereitung dieser Konferenz und der nächsten Schritte wird eine kleine, offene Vorbereitungsgruppe gebildet mit: Arielle Denis, (Movement de la Paix, Frankreich) Reiner Braun (IALANA und Kooperation für den Frieden, Deutschland), Chris Nineham (Stop the War Coalition, GB), Tobias Pflüger (MEP, IMI, Deutschland), Thomas Magnusson (International Peace Bureau, Schweden), Sotiris Kontogiannis (Griechenland), Elaheh Rostami Povey (Stop the War Coalition, GB/Iran), Peter Strutynski (Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag)

Der Spiegel berichtet mit großer Leidenschaft über einen Streit zwischen Oskar Lafontaine und der IG Metall: „Es ist eine harte Attacke. Vor „Nebelungentreue zur SPD“ warnen die Linke-Chefs Oskar Lafontaine und Lothar Bisky den IG-Metall-Vorsitzenden Berthold Huber in einem Brief. „Wenn uns einzelne Gewerkschaftsfunktionäre, die auch ein SPD-Parteibuch haben, kritisieren, ist es das gute Recht der Linken, darauf zu reagieren“, sagt Lafontaine im SPIEGEL-ONLINE-Interview. Zudem gerade der Eindruck entstehe, „dass einzelne Gewerkschaftsvorsitzende die SPD massiv unterstützen“ ...

Annäherung auch in Bayern, wo im Herbst Landtagswahlen bevorstehen: Im vergangenen Jahr noch wurden dort vier SPD-Redner von 1.-Mai-Kundgebungen ausgeladen, SPD-Landesgruppenchef Florian Pronold warnte den DGB vor einer Entwicklung hin zur „kommunistischen Splittergewerkschaft“. Ein Jahr später freut sich Bayerns sozialdemokratischer Spitzenkandidat Franz Maget, dass Gewerkschafter wieder bei SPD-Veranstaltungen auftauchen: „Die Front ‚engste Verbündete‘ ist begradigt, die Gewerkschaften werden uns im Wahlkampf unterstützen.“

„Keine Ratschläge, wie wir unsere Politik anzulegen haben“ Dazu passt der Brief des IG-Metall-Vorsitzenden Huber an die Linkspartei von vergangener Woche, der den aktuellen Hader ausgelöst hat: Darin forderte er den Lafontaine-Trupp auf, „jede offene oder klammheimliche Vereinnahmung“ seiner Gewerkschaft zu unterlassen. Die IG Metall arbeite mit allen demokratischen Parteien zusammen und brauche „keine Ratschläge, wie wir unsere Politik anzulegen haben“. Die Replik von Lafontaine und Bisky wollte Huber an diesem Mittwoch nicht kommentieren. Die IG Metall verwies aber auf ein schon lange vor dem Briefzwist angebotenes Gespräch mit Vertretern der Linken, bei dem alles geklärt werden könne ...

Wie tief der Riss zwischen der Linken und den Gewerkschaften ist, zeigte der Cottbusser Parteitag im Mai. Klaus Ernst, ehemaliger WASG-Chef und noch heute IG-Metall-Bevollmächtigter in Schweinfurt, erzielte bei der Wahl zum Linken-Vizechef ein enttäuschendes Ergebnis: Nur 59 Prozent der Delegierten stimmten für den Gewerkschafter. Vertreter der früheren PDS wie die Ostfrauen Katja Kipping oder Halina Wawzyniak schnitten deutlich besser ab. Insgesamt erhielt kein einziger Gewerkschafter ein passables Ergebnis.

aus Afghanistan als Voraussetzung für eine friedliche Lösung.

Am Rande des Afghanistan-Kongresses diskutierten Vertreterinnen und Vertreter der deutschen und der internationalen Friedensbewegung gemeinsame Gegenaktivitäten zum 60. Jahrestag der NATO. Dieser Jahrestag wird im Mai 2009 in Straßburg und Kehl gefeiert. Eine Internationale Konferenz im Oktober 2008 in Frankreich oder Deutschland soll detaillierte Vorschläge für gemeinsame Veranstaltungen und Aktionen in der Größe der G-8-Proteste erarbeiten. Dazu wurde eine Vorbereitungsgruppe mit Vertreterinnen und Vertretern aus Frankreich, Deutschland, Großbritannien, Griechenland und des Internationalen Friedensbüros (IPB) gebildet.

Der Kongress wurde getragen von: Afghanistanisches Kultur- und Kommunikationszentrum Berlin, Antimilitaristischer Arbeitskreis Hannover, Attac Deutschland, Bundesausschuss Friedensratschlag, DFG-VK, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

Landesverband Niedersachsen, Kooperation für den Frieden, IALANA, Friedensbüro Hannover, Friedens- und Zukunftswerkstatt, IG Metall Verbindungsbüro Soziale Bewegungen.

Als Referenten traten in Hannover Vertreterinnen und Vertreter aus der afghanischen Zivilgesellschaft, der Friedensbewegung unter anderem aus Frankreich, Schweden, den USA und Deutschland sowie Wissenschaftler, Politiker und Gewerkschafter auf. Die Themen der Vorträge und Arbeitsgruppen reichen von den unterschiedlichen Aspekten der Lage in Afghanistan – der Situation der Frauen, der Rolle des Islam, der sozialen Lage und der Drogenwirtschaft – über die internationalen und historischen Dimensionen des Afghanistankonfliktes bis hin zu Alternativlösungen und Anforderungen an eine Außenpolitik des Friedens.

Für Rückfragen:

Peter Strutynski 0160 9762 8972
Reiner Braun 0172 231 7475

Klarstellung zu Berichten auf der Seite „www.scharf-links.de“ zur Pfändung der Domain

Als Rechtsanwalt des GNN-Verlages und als der im Kommentar von Herbert Friedl als „linker‘ Advokat“ apostrophierte Rechtsanwalt stelle ich zu den genannten Berichten Folgendes klar:

1. Es ging in der juristischen Auseinandersetzung mit der „linke-zeitung.de“ tatsächlich nur um zwei Punkte:

Zunächst musste die Behauptung ausgeräumt werden, dass Ulrike Detjen noch bis zum Mai 2007 Gesellschafterin des GNN-Verlages war. Das Handelsregister war hier nicht auf dem neuesten Stand.

Ulrike Detjen hatte ihre Gesellschafteranteile bereits im November 1999 abgegeben. Dies allerdings spielte für die folgende juristische Auseinandersetzung keine Rolle. Diese entzündete sich vielmehr an der Behauptung im Artikel vom 6.6.2007:

„Zetlers Interesse war geweckt worden, weil ihm der Preis von ca. 44.000 EUR für vier Ausgaben des an ca. 1.800 Mitglieder verschickten ‚Landesinfos‘ der Partei zu hoch erschien.“

Diese angeblich so unwichtige Tatsachenbehauptung, die nun existenzvernichtend werden soll, hatte im Zusammenhang des Artikels natürlich die wesentliche Funktion, bei den Lesern den Eindruck zu erwecken, der GNN-Verlag berechne dem Landesverband der Linkspartei völlig überhöhte Preise, die dann wieder über die beteiligten Gesellschafter an diese zurückflossen.

Bereits am 10.6.2007 stellten wir in einer Abmahnung unter anderem zu diesem Punkt klar, dass es nicht um 44.000 EUR für vier Ausgaben ging, sondern um insgesamt 22.045,00 EUR für sieben Ausgaben, davon 10.322,87 EUR für Vertriebskosten. Dies sind die schlichten Tatsachen, die bis heute unbestritten sind und die auch die Linke Zeitung nie bestreiten konnte.

Nach unserer Abmahnung hätte die Linke Zeitung, für die seinerzeit auch Frau Bartelmus-Scholich arbeitete (vor der Spaltung des Projektes), also ohne Weiteres insoweit eine Klarstellung vornehmen können und die Sache wäre so gut wie ohne Kosten erledigt gewesen.

Offensichtlich wollte man aber an der unwahren Behauptung festhalten und wies zweimal explizit die Auflorderung zur Unterlassung zurück. Dass der GNN-Verlag diese unwahre Tatsachenbehauptung über angeblich überhöhte Preise nicht auf sich sitzen lassen konnte, versteht sich in Zeiten des Internets von selbst. Genau so wie Herr Wüst von der CDU NRW die Veröffentlichung in der Linken Zeitung in einem internen Aktenvermerk nutzte (wogegen im übrigen der GNN-Verlag auch erfolgreich gerichtlich vorgegangen ist), hätte in Zukunft jeder die

unwahre Behauptung über überhöhte Preise ergoogn können.

2. Nachdem das Landgericht Köln am 25.6.2007 eine einstweilige Verfügung erlassen hatte, in der die Wiederholung dieser Behauptungen verboten wurde, reagierte die „linke-zeitung.de“ immer noch nicht mit einer eindeutigen Klarstellung. Auch damals wurde schon bejammert, der GNN-Verlag ginge „gerichtlich gegen die Linke Zeitung“ vor. Statt aber den schlichten Sachverhalt einfach klarzustellen und damit alle weiteren Verfahren zu erledigen, wurde zunächst einmal im Rahmen einer Berichterstattung über die einstweilige Verfügung die verbotene Äußerung wiederholt, also die Behauptung, vier Ausgaben für 44.000 EUR, und sodann als angebliche Korrektur nicht etwa der tatsächliche Sachverhalt dargestellt, sondern:

„Zetlers Interesse war geweckt worden, weil ihm der Preis für vier Ausgaben des an ca. 1.800 Mitglieder verschickten Landesinfos der Partei zu hoch erschien.“

Auch hier also weiter die Behauptung, es seien nur vier und nicht sieben Ausgaben verschickt worden und der Preis sei „zu hoch“, ohne den tatsächlichen Preis zu nennen, der zu diesem Zeitpunkt aufgrund der eidesstattlichen Versicherung der Linken Zeitung bekannt war. In der Folgezeit wurden zweimal Versuche gemacht, mit der Linken Zeitung eine einverständliche und auch für diese sehr kostengünstige Regelung zu finden. Es sollte eine eindeutige Klarstellung erfolgen mit dem tatsächlichen Sachverhalt und die einstweilige Verfügung sollte von der Linken Zeitung anerkannt werden, was schon juristisch deswegen nötig ist, weil sie sonst nach drei Jahren wegen Verjährung angegriffen werden kann. Die dann von der Linken Zeitung zu zahlenden Kosten hätten sicherlich maximal ein Drittel dessen betragen, was mittlerweile angefallen ist. Diese vollkommen berechtigten Forderungen, die von der Linken Zeitung nichts anderes verlangt hatten, als den tatsächlichen Sachverhalt klarzustellen, wurden mehrfach von der Redaktion zurückgewiesen. Jetzt handelt es sich angeblich um eine „fehlerhafte Information“ in einem kleinen Detail, das angeblich nicht stimmte.

3. Es blieb dem GNN-Verlag also nichts anderes übrig, als einerseits wegen der Wiederholung der unwahren Behauptung ohne ausreichende Korrektur ein Ordnungsgeld zu beantragen und darüber hinaus ein Hauptsache-verfahren auf Unterlassung und Widerruf. In allen diesen Verfahren haben die Gerichte dem GNN-Verlag recht gegeben, anschließend hat die Linke Zeitung den Widerruf abgedruckt und damit erstmals ihren Lesern Gelegenheit gegeben, den tatsächlichen Sachverhalt nachzuvollziehen.

Es ist für mich völlig unverständlich, warum es nicht auch in einem linken Organ möglich sein sollte, wenn man falsche Tatsachen dargestellt hat, diese schlicht und einfach zu korrigieren. Ich berate meine Mandanten aus der Linken zumindest immer so. Gerade wenn es dabei – wie jetzt behauptet wird – um einen so untergeordneten Punkt gegangen ist, hätte nichts dagegen gesprochen, die vielfältigen Vergleichsversuche, die von uns zur außergerichtlichen Bereinigung gemacht wurden, und die ca. nur ein Drittel der Kosten verursacht hätten, die jetzt entstanden sind, zu gehen. Es ist doch aber geradezu absurd, wenn solche Unwahrheiten nicht korrigiert werden, man vielmehr daran festhält, um den Eindruck zu erwecken, der GNN-Verlag bereichere sich an den Mitgliedsbeiträgen des Landesverbandes „Die Linke“ und dann hinterher auch noch zu verlangen, dass die notwendigen Prozesskosten, die dadurch entstehen, vom GNN-Verlag getragen werden.

4. Auch die Kostenforderungen, die gerichtlich festgesetzt worden sind, kommen natürlich nicht überraschend. Die Forderungen sind Frau Bartelmus-Scholich seit mindestens vier Monaten bekannt, ohne dass sie irgendeine Veranlassung hatte, sich mit uns in Verbindung zu setzen. Der Gerichtsvollzieher berichtete uns lediglich, dass bereits die eidesstattliche Versicherung (Offenbarungseid) abgelegt worden ist. Als Reaktion auf die Pfändung der Domain erhielten wir jetzt ein Ratenzahlungsangebot, das wir akzeptieren werden. Die Pfändung der Domain wird aufgehoben. Ein solches Angebot hätten wir auch schon vor der Pfändung akzeptiert, wenn sich die Betroffenen um ihre Schulden gekümmert hätten.

5. Es ist wahrlich einfach, in der Linken jemanden an den Pranger zu stellen, weil er angeblich „bürgerliche Gerichte“ bemüht. Solange es aber keine funktionierende Moral gibt, die dazu führt, erkennbar unwahre Tatsachenbehauptungen auch zu korrigieren, wird sich dies nicht vermeiden lassen. Verantwortlich dafür sind aber nicht diejenigen, die ihren geschäftlichen Ruf verteidigen müssen, sondern diejenigen, die auf Biegen und Brechen an falschen Behauptungen festhalten wollen, und damit ihren politischen Gegner schädigen. Das Aufstellen derartig unwahrer Behauptungen hat wahrlich nichts mit Meinungsfreiheit zu tun.

Das Prinzip „politische Auseinandersetzungen statt juristischer Auseinandersetzung“ kann nur dann und in dem Umfang funktionieren, indem nicht eine Seite darauf beharrt, unwahre Tatsachenbehauptungen, die den Geruch der Korruption verbreiten, weiter aufrecht zu erhalten.

Eberhard Reinecke, als Rechtsanwalt des GNN-Verlages.

Sommerschule 2008

– höchste Zeit zum Anmelden!

**Donnerstag, den 14. August bis
Sonntag, den 17. August in Erfurt**

Nach den Turbulenzen der Parteifusion und einigen strapaziösen Wahlkämpfen freut sich die ArGe, für die diesjährige Sommerschule in Erfurt wieder drei Kurse anbieten zu können.

Anmeldungen bitte bis 6. Juli 2008 an:

hanne-reiner@onlinehome.de

1. Kurs: Kulturwissenschaften

„Bürgerrechte im Krieg“. Siehe dazu auch den Lesebericht zu Otto Depenheuer, Selbstbehauptung des Rechtsstaates, Paderborn 2007 in Politische Berichte Nr. 5/2008

Für die Vorbereitungsgruppe: Christiane Schneider, (gnn-hamburg@freenet.de), Eva Detscher

2. Kurs: Wirtschaft

Stadtwerke – Entstehung, Entwicklung, Aussichten und Bedeutung für linke Reformpolitik.

In diesem Kurs wollen wir den Bogen spannen

- von der Entstehung der Stadtwerke im 19ten Jahrhundert, die mit der Entstehung der modernen Gewerbestadt verflochten ist. (Beispiel München)
- weiter zu der tragenden Rolle, die der öffentlich-rechtliche Sektor des Wirtschaftens für die Entwicklung der Privatwirtschaft (Beispiel Berlin)
- hin zu dem Problem der demokratischen Steuerung dieser Einrichtungen. Ein Problem ist, dass die Märkte, auf denen Stadtwerke heutzutage operieren, den mit den politischen Gebietskörperschaften, für die sie tätig sind, bei weitem nicht deckungsgleich sind.

Ein weiterer Punkt, den wir gemeinsam mit Angehörigen der Landtagsfraktion der Linken in Thüringen vorbereiten betrifft die Rolle und die Perspektive öffentlich-rechtlichen Wirtschaftens für die wirtschaftliche Entwicklung im Osten. Den zeitlichen Ablauf des Kurses und eine Übersicht der Texte, die wir heranziehen wollen, erfolgt an dieser Stelle in der nächsten Ausgabe.

Für die Vorbereitungsgruppe Martin Fochler (martin.fochler@freenet.de), Rüdiger Lötzter

3. Kurs: Internationale Politik

1930–1960 – Die Entstehung einer Theorie der Internationalen Beziehungen: die sog. „realistische Schule“.

Nach dem ersten Weltkrieg wurde als Teil der neu entstehenden Politischen Wissenschaften eine Theorie der Internationalen Beziehungen entwickelt. Untersuchungsobjekt und zugleich Betätigungsfeld der offiziellen und inoffiziellen, staatlichen und halbstaatlichen „Politikberatung“ waren die Nationalstaaten und ihre Politik.

Gegen die gescheiterten „optimistischen Ideen“ des klassischen Liberalismus setzte die neu entstehende „Realistische Schule“ die Forderung nach einer „realistischen“ Sicht von Staat und Gesellschaft.

Ideenbestandteil dieser bis heute einflussreichen Richtung sind:

- Die Staatenwelt befindet sich in einem anarchischen Zustand (Hobbes, „der Mensch ist des Menschen Wolf“).
- Keine darüber stehende Macht kann die Sicherheit einzelner Staaten gewährleisten.
- Das höchste Interesse eines Staates ist das an seinem Überleben.
- Deshalb verfolgen Staaten eine Strategie der Machtmaximierung, die ihr Überleben sichern soll.

Zu den Gründen für bestimmte immer bestehende Interessen eines Staates gehört demnach auch seine „geostrategische“ Lage. Das Verbindet die „Realistische Schule“ mit Konzepten der „Geopolitik“.

Das nach wie vor maßgebliche Buch in der Entwicklung der „Realistischen Schule“ ist Hans J. Morgenthau „Macht und Frieden“ (engl. „Politics among Nations“). Auszüge daraus bilden deshalb auch einen erheblichen Teil des Lektürematerials für den Kurs. Eine Liste mit Literaturangaben zu Entstehungsbedingungen, Kritik und Weiterentwicklung der Realistischen Schule und den Verbindungen zur Geopolitik folgt in der nächsten Ausgabe der Politischen Berichte.

Für die Vorbereitungsgruppe: Christoph Cornides

Allgemeine Informationen:

Die Sommerschule findet vom 14. bis 17. August in der Thüringer Landeshauptstadt Erfurt statt. Beginn am 14. August um 14 Uhr, Ende nach Absprache am Sonntagvormittag.

Wir tagen wie zuletzt in der Jugendherberge Hochheimer Straße, und übernachtendrei Minuten entfernt in der Jugendherberge Klingenstr. Adresse: HJ Erfurt, Hochheimer Str. 12, Klingenstr. 4, 99094 Erfurt, Tel. (03 61) 5 62 67 05. Die JH ist vom Bahnhof Erfurt mit der Straßenbahn 5 bis Endstation Steigerstraße zu erreichen, von dort sind es noch ca. 200 m Fußweg. Autofahrer nehmen die Abfahrt Erfurt-West, dann die B4 bis zum Stadtring, biegen dann links in die Schillerstraße (B7) und achten auf die Ausschilderung JH. Die Kosten für Übernachtung plus Halbpension betragen zuletzt 26 Euro/Tag und Person. Am Anreisetag wird es ein Abendessen, an den beiden folgenden Tagen jeweils ein Mittagessen geben.

Vorschau auf Wahlen

Jahr	Monat	Wo?	Was?	Termin	Wahlperiode
2008	Sept.	Bayern	Landtag	28.9.	5 Jahre
	Sept.	Brandenburg	Kommunal	28.9.	5 Jahre
2009	Mai	Bundesversamml.	Bundespräs	23.5.	5 Jahre
	Juni	EU	Euro. Parl.	7.6.?	5 Jahre
Juni?	Baden-Württemb.	Kommunal	Kommunal	7.6.?	5 Jahre
	Mecklenb.-Vorp.	Kommunal	Kommunal	7.6.?	5 Jahre
Juni?	NRW	Kommunal	Kommunal	7.6.?	5 Jahre
	Rheinland-Pfalz	Kommunal	Kommunal	7.6.?	5 Jahre
Juni?	Saarland	Kommunal	Kommunal	7.6.?	5 Jahre
	Sachsen	Kommunal	Kommunal	7.6.?	5 Jahre
Juni?	Sachsen-Anhalt	Kommunal	Kommunal	7.6.?	5 Jahre
	Thüringen	Kommunal	Kommunal		5 Jahre
05-07	Thüringen	Kommunal	Kommunal		5 Jahre
	Thüringen	Landtag	Landtag		5 Jahre
07-09					
09?	Bund	Bundestag	Bundestag		4 Jahre
Herbst	Brandenburg	Landtag	Landtag		5 Jahre
Herbst	Saarland	Landtag	Landtag		5 Jahre
Herbst	Sachsen	Landtag	Landtag		5 Jahre

Quelle: www.bundestag.de/parlament/wahlen/wahltermine.html